

ANTRAG L-21-0101

Betr.: Rahmenprogramm der FDP Niedersachsen zur Kommunalwahl 2021

Antragsteller: Landesvorstand

1 Der Programmkonvent möge beschließen:

2 Am 12. September 2021 werden in den Gemeinden und Landkreisen Nieder-
3 sachsens die Volksvertretungen und vielerorts auch die Hauptverwaltungsbeam-
4 ten neu gewählt. Wir Freie Demokraten wollen Verantwortung übernehmen – für
5 unsere Dörfer, Ortschaften, Stadtteile, Städte und Gemeinden, Landkreise und
6 Regionen. Wir sind überzeugt, dass Menschen mit dem nötigen Zutrauen und
7 Optimismus sowie mit politischen Freiräumen kluge Entscheidungen für ihre loka-
8 len Verhältnisse treffen. Zu diesem Zweck wollen wir auf Landesebene die nöti-
9 gen Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik setzen. Gleichzeitig wollen wir
10 unseren Kandidatinnen und Kandidaten Vorschläge für ihre eigene politische
11 Agenda vor Ort machen:

12 I. Rahmenbedingungen auf Landesebene

13 **Grund- und Gewerbesteuerbremse:** Wir Freie Demokraten wollen die Bürgerin-
14 nen und Bürger vor automatischen Steuererhöhungen schützen. Das Land muss
15 deshalb eine Grund- und Gewerbesteuerbremse einführen, damit künftig eine ge-
16 setzliche Festlegung der Nivellierungshebesätze ohne automatische Anpassung
17 erfolgt. Die Nivellierungshebesätze bewirken, dass die Steuerkraft bei den Real-
18 steuern für alle Kommunen einheitlich auf die Basis derselben Hebesätze gestellt
19 wird. Durch diese bisherige Ausgestaltung regt der Kommunale Finanzausgleich
20 die Kommunen dazu an, die Hebesätze der Realsteuern zu erhöhen.

21 **Grundsteuer-Transparenzregister für Kommunen:** Die geplante Grundsteuerre-
22 form darf nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger gehen, in dem das Gesamt-
23 aufkommen der Grundsteuer durch die Hintertür erhöht wird. Dazu kommt auch
24 eine Veränderung der kommunalen Hebesätze in Betracht. Das Land sollte durch
25 die Einführung eines Transparenzregisters aktiv werden, um einen eigenen Bei-
26 trag zur Aufkommensneutralität der Grundsteuer zu leisten. Dabei stellt das
27 Land den Kommunen im Rahmen einer gemeindespezifischen Berechnung den
28 Hebesatz zur Verfügung, der das Gesamtaufkommen in der jeweiligen Kommu-
29 ne weder senkt noch erhöht. Auf diese Weise werden die Kommunen effizient
30 und von zentraler Stelle dabei unterstützt, ihre Hebesätze anzupassen, und die

31 Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit nachzuverfolgen, wie sich die
32 kommunalen Hebesätze konkret auswirken.

33 **Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen:** Die rechtliche Grundlage für die
34 Erhebung so genannter Straßenausbaubeiträge muss aus dem Niedersächsi-
35 schen Kommunalabgabengesetz gestrichen werden. Die Straßenausbaubeitrags-
36 satzungen der Gemeinden haben in der Vergangenheit zu ungerechtfertigten Be-
37 lastungen und enormen Härtefällen, insbesondere für Familien und ältere Mitbür-
38 gerinnen und Mitbürger, gesorgt, indem die Alterssicherung und Investitionen ge-
39 fährdet wurden.

40 **Modernisierung von Sportstätten:** Das Land muss seine finanzielle Unterstüt-
41 zung zur Modernisierung von Sportstätten in den Kommunen über das bisherige
42 Maß hinaus erhöhen. Dabei ist ein Schwerpunkt auf multifunktionale Hallen und
43 Sportfreianlagen zu legen. Auch die Sanierung, Modernisierung sowie der Aus-
44 und Neubau vereinseigener Sportstätten muss bürokratiearm unterstützt werden.

45 **Hauptverwaltungsbeamte für acht Jahre wählen:** Die Dauer der Amtsperiode
46 für Hauptverwaltungsbeamte muss wieder auf acht Jahre erhöht werden. Das
47 schafft Anreize für gute Kandidatinnen und Kandidaten, schafft Planungssicher-
48 heit für die Gemeinden und Landkreise und entkoppelt die politischen Entschei-
49 dungen über Mehrheiten in Rat und Kreistag von der Leitung der Verwaltung.

50 **Keine Altersbeschränkungen für Hauptverwaltungsbeamte:** Wir Freien Demo-
51 kraten setzen uns für die Abschaffung der besonderen Altersbeschränkungen bei
52 Direktwahlen ein. So möchten wir das Mindestalter für das passive Wahlrecht
53 von Hauptverwaltungsbeamten von 23 auf 18 Jahre senken und gleichzeitig das
54 Höchstalter streichen.

55 **Kommunale Betriebe zukunftsfest machen:** In vielen Kommunen Niedersach-
56 sens leisten Eigenbetriebe wie Energieversorger und Nahverkehrsunternehmen
57 einen unabdingbaren Beitrag zur lokalen Daseinsversorgung. Kommunale Betrie-
58 be sind dabei häufig Teil eines steuerlichen Querverbundes. Das daraus entste-
59 hende Steuerprivileg sorgt jedoch für Rechtsunsicherheit auf europäischer Ebe-
60 ne. Wir Freie Demokraten setzen uns für den Erhalt dieser Möglichkeit ein. Zu-
61 dem wollen wir kommunale Eigenbetriebe zukunftsfest machen, damit sie auch
62 ohne Querverbund wirtschaftlich bleiben. Die Kommunen müssen in diesem Zu-
63 sammenhang im weiteren Bereich der Daseinsvorsorge gleichberechtigt am wirt-
64 schaftlichen Leben teilhaben können.

65 **Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stärken:** Wir Freie Demokraten
66 setzen uns für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der
67 kommunalen Politik auch durch Instrumente der Direkten Demokratie ein. Wir for-

68 dern konkret, dass es beim Einwohnerantrag in der Vertretung zu einer inhaltli-
69 chen Auseinandersetzung mit dem Antragsgegenstand kommt.

70 **Gleichstellungsbeauftragte:** Wir bedauern die nach wie vor bestehende struktu-
71 relle Benachteiligung von Frauen und setzen uns dafür ein, dass die Funktion der
72 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gestärkt wird. Die Pflicht zur Berufung
73 von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten von Kommunen wollen wir auf
74 15.000 Einwohner senken (halbe Vollzeiteinheit). Die Pflicht zur Berufung einer
75 Gleichstellungsbeauftragten in Vollzeit soll ab 25.000 Einwohner gelten. In Ge-
76 meinden mit unter 15.000 Einwohner setzen wir uns für die Bestellung einer
77 Gleichstellungsbeauftragten (halbe Vollzeiteinheit) als freiwillige Aufgabe der
78 Kommune ein.

79 **Durch Jugendparlamente die Jugend einbinden:** Wir setzen uns für eine stär-
80 kere Beteiligung von Jugendlichen in der politischen Willensbildung der Kommu-
81 nen ein. Hierzu fordern wir die Einführung von gewählten Jugendvertretungen in
82 allen Kommunen. Hierzu wollen wir neben der Pflicht zur Einführung eines sol-
83 chen Jugendparlaments im NKomVG eine eindeutige Rechtsgrundlage schaffen,
84 auf dessen Grundlage der Jugendvertretung Initiativ-, Antrags- und Rederecht im
85 geeigneten Rahmen in der Vertretung und ihren Gremien gewähren kann. Mit ei-
86 nem Landesförderprogramm Jugendparlament wollen wir sicherstellen, dass die
87 Jugendparlamente auch über die notwendige hauptamtliche Unterstützung verfü-
88 gen.

89 **Digitale Sitzungen ermöglichen:** Wir Freie Demokraten setzen uns für eine
90 stärkere Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt ein. Die für die Corona-Pandemie
91 geschaffene Möglichkeit, Sitzungen von kommunalen Parlamenten und ihren
92 Gremien auch digital oder hybrid durchzuführen, soll auch nach der Pandemie
93 weiterhin zur Verfügung stehen.

94 **Kommunale Demokratie stärken:** Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein,
95 dass die kommunale Demokratie stark bleibt. Dabei wollen wir allen interessier-
96 ten Bürgerinnen und Bürgern die Chance geben, ein Mandat bei der Kommunal-
97 wahl zu erhalten. Wir wollen deswegen, dass die Räte und Kreistage nicht mehr
98 willkürlich beschließen können, ihre Mitgliederzahl zu reduzieren. Als weitere
99 Maßnahme wollen wir die Ortsräte und Bezirksräte dadurch stärken, dass ihnen
100 zusätzliche Aufgaben über die Hauptsatzung zugewiesen werden können. Als
101 fairestes Modell für die Berechnung der Ausschussbesetzung fordern wir die Wi-
102 dereinführung des Zählverfahrens „Hare-Niemeyer“ und die Abschaffung des
103 Zählverfahrens „d'Hondt“, welches die großen Fraktionen und Gruppen bevorteilt.

104 **Faire Lastenverteilung der Kosten der Kinderbetreuung:** Das Land Nieder-
105 sachsen hat durch die Übernahme der Kindertagesstättengebühren für die Re-
106 gelbetreuungszeit die Erziehungsberechtigten finanziell entlastet. Gleichzeitig ist

107 festzustellen, dass die Kosten der Kinderbetreuung immer weiter steigen. Von ei-
108 ner früheren Drittelfinanzierung aus Eltern, Kommune und Land hat sich die Kos-
109 tenaufteilung zu einer hälftigen Finanzierung durch die Kommune und das Land
110 entwickelt. Dieser enorme Kostendruck der Kommunen beschränkt sie, sodass
111 andere Aufgabenfelder leiden und ein Investitionsstau entsteht. Das Land sollte
112 sich stärker bei der Finanzierung der Kinderbetreuungskosten einbringen.

113 **Bildungsgutscheine einführen:** Wir fordern die Einführung von Bildungsgut-
114 schein zu Finanzierung von Schulen und Kitas. Für jedes Kind gewährt der
115 Staat Finanzierungsbeiträge in Form von Gutscheinen. Eltern erhalten diese und
116 geben sie an die von ihnen gewählte Bildungseinrichtung weiter. Durch Bildungs-
117 gutscheine entstehen ein transparenter Qualitätswettbewerb und die besten Bil-
118 dungsleistungen. Staatliche, kommunale und Bildungseinrichtungen in freier Trä-
119 gerschaft erhalten pro Kind den gleichen Betrag. Eltern haben so die freie Wahl
120 zwischen verschiedenen öffentlichen Angeboten sowie zwischen öffentlichen und
121 freien Trägern. Der Gegenwert der Gutscheine kann sich nach Lebensalter, zeitli-
122 chem Umfang der wöchentlichen Betreuung sowie bei besonderem pädagogi-
123 schem und sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf unterscheiden.

124 **Azubi-Ticket einführen:** Wir fordern die Einführung eines landesweiten Azu-
125 bi-Tickets sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Auszubildende in
126 dualer Ausbildung und Freiwilligendienstleistende zum Preis von einem Euro pro
127 Tag und 365 Euro pro Jahr. Durch die Verringerung des Preises lässt sich die
128 Nutzung des ÖPNV massiv steigern und stellt damit eine attraktive und umwelt-
129 freundliche Alternative zum Auto dar.

130 **Stellplatzpflichten:** Wir Freie Demokraten halten starre Vorgaben zu Stellplatz-
131 pflichten bei Neubauten für nicht mehr zeitgemäß. Hier müssen Flexibilität und
132 Abweichungsmöglichkeiten für die Kommunen eingeführt werden. In Zeiten von
133 Car-Sharing und vermehrtem Verzicht auf das Auto, sind starre Vorgaben zu
134 Stellplätzen wenig sinnvoll.

135 **Denkmalschutz:** Wir Freie Demokraten wollen Eigentümerinnen und Eigentü-
136 mern eine einfachere Überprüfung des Denkmalschutzstatus' ihrer Immobilie er-
137 möglichen. Denkmalschutzaufgaben gehören darüber hinaus auf den Prüfstand.
138 Zu starre Statuten und Auflagen bezüglich des Denkmalschutzes hemmen Inves-
139 titionen in Gebäude und führen dazu, dass Eigentümerinnen und Eigentümer
140 Bauten gezielt dem Verfall preisgeben. Dem wollen wir entgegenwirken.

141 **Denkmalschutz und Grundsteuer:** Das bisherige Modell der Grundsteueranpas-
142 sung für Eigentümerinnen und Eigentümern von denkmalgeschützten Häusern
143 wollen wir Freie Demokraten stärker nutzen. Aufwand für Instandsetzung und Er-
144 halt von denkmalgeschützten Bauten ist häufig kostspielig. Wir wollen mit ent-
145 sprechender Anpassung der Grundsteuer diese Kosten für engagierte Eigentü-

146 merinnen und Eigentümer senken. Bei gezielter Preisgabe der Immobilie zum
147 Verfall sollte sie nach Möglichkeit erhöht werden.

148 **Bauvorgaben auf den Prüfstand:** Wir Freie Demokraten setzen uns auf allen
149 Ebenen für eine Verschlankung der überbordenden Bauvorgaben ein. Die zahl-
150 reichen Anforderungen bei Wärme-, Schall- und Brandschutz machen das Bauen
151 nicht nur teuer und aufwendig, sondern schränken die Handlungsmöglichkeiten
152 unnötig ein. Wir wollen eine gezielte Verschlankung bei der alle unnötigen oder
153 unverhältnismäßigen Vorgaben gestrichen werden. Dabei sind Klima- und Ge-
154 sundheitsschutz sowie die Unversehrtheit von Menschen, Tieren, Sachen und der
155 natürlichen Lebensgrundlagen weiter als elementare Grundsätze zu berücksichti-
156 gen.

157 **Kommunale Strukturen und Zukunftsverträge:** Gemeinden und Landkreise
158 müssen finanziell, strukturell und personell in der Lage sein, ihren Aufgaben
159 nachzukommen. Bei der Neugliederung von Gemeinde- und Landkreisstrukturen
160 ist stets der Wille der örtlichen Bevölkerung maßgeblich. Es darf in Niedersach-
161 sen keine Gemeinde- oder Landkreisgebietsreform von oben geben. Die Instru-
162 mente der interkommunalen Zusammenarbeit und der Zukunftsverträge haben
163 sich bewährt und müssen weiter genutzt werden.

164 II. Vorschläge für kommunale Wahlprogramme vor Ort

165 1. Schule, Bildung, Kinder und Jugend

166 **Jedes Kind soll die Chance auf frühkindliche Bildung erhalten – Trägervielf-**
167 **falt stärken:** Wir Freie Demokraten fordern, dass jedes Kind die Chance auf
168 frühkindliche Bildung erhalten soll. Wir wollen die Trägervielfalt erhalten. Wir se-
169 hen die Betreuung unserer Kinder nicht als eine reine Unterbringungsmöglichkeit
170 während der Arbeitszeit der Eltern; wir sehen sie vielmehr als Chance zur För-
171 derung der Entwicklung und des Lernens in einer kindgerechten Umgebung unter
172 der Anleitung und der Obhut von Fachpersonal. Uns ist deshalb wichtig, dass al-
173 le Eltern ab Geburt des Kindes sowohl den Rechtsanspruch auf, als auch einen
174 tatsächlichen Platz in einer passenden Betreuungseinrichtung erhalten. Dabei soll
175 den Eltern die größtmögliche Wahlfreiheit geboten werden, um das richtige Be-
176 treuungsangebot für ihr Kind zu finden. Es gibt eine Vielzahl von Betreuungs-
177 konzepten und Trägern. Nur wenn ein vielfältiges Angebot vorhanden ist, kann
178 für jedes Kind der beste individuelle Platz gewährleistet werden. Bürokratische
179 Hürden, die die Schaffung privater Betreuungseinrichtungen erschweren, müssen
180 daher abgebaut werden.

181 **Flexible Betreuungszeiten statt Recht auf Vormittagsplatz:** Wir Freie Demo-
182 kraten fordern flexible Betreuungszeiten für alle Kinder. Flexibilität und ein aus-
183 gewogener Angebotsmix aus verschiedenen, gleichwertig zu betrachtenden Be-

184 treuungsformen sichert qualitativ hochwertige Betreuung und ist ein wichtiger
185 Baustein für die Entwicklung unserer Kinder. Arbeitsweisen und damit Arbeitszeit-
186 modelle können sehr unterschiedlich sein. Es kann im Job zum Beispiel arbeits-
187 intensive Hochphasen geben oder auch entspannte Nebensaisons. Deswegen
188 müssen Betreuungsangebote flexibel sein. Wir setzen uns daher für ein vielfälti-
189 ges Angebot an Betreuungszeiträumen ein, innerhalb einer Bandbreite von Kurz-
190 zeitbetreuung bis hin zu einer 24-Stunden-Betreuung. Dafür ist der Rechtsan-
191 spruch auf einen Betreuungsplatz dahingehend zu ändern, dass er nicht nur für
192 die Betreuung in einer Vormittagsgruppe ausgelegt ist.

193 **Erhalt eines differenzierten, vielfältigen und begabungsgerechten Schulsys-**
194 **tems:** Wir Freie Demokraten fordern den Erhalt eines vielfältigen und bega-
195 bungsgerechten Schulsystems. Nur wenn die Bildungsvielfalt erhalten bleibt, wer-
196 den wir eine Qualitätsverbesserung erreichen. Dabei spielt für die spätere Ent-
197 wicklung des Kindes die richtige Auswahl aus dem vielfältigen Bildungsangebot
198 eine wesentliche Rolle. Daher ist es wichtig, dass die Kommunen regional abge-
199 stimmte, vielfältige Angebote vorhalten, um mit einem breiten Spektrum sämtli-
200 che Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abdecken zu können.

201 **Offene Ganztagschulen für alle Kinder:** Wir Freie Demokraten fordern die
202 flächendeckende Einführung offener Ganztagschulen für alle Kinder unter Bei-
203 behaltung eines ergänzenden Hortangebotes. Auch nach der Einschulung kann
204 eine Betreuung erforderlich sein. Wir fordern daher den zügigen Ausbau freiwilli-
205 ger Ganztagschulen sowohl im Grundschul- als auch im weiterführenden Schul-
206 bereich. Dabei hat nach unserem Konzept der eigenverantwortlichen Schule je-
207 der Schulträger ein Ganztagsangebot an den Schulen oder in zumutbarer Er-
208 reichbarkeit vorzuhalten. Dies soll ausdrücklich auch in Zusammenarbeit mit den
209 ortsansässigen Vereinen und Gruppen möglich sein. Auch die außerschulische
210 Ganztagsbetreuung erfüllt dabei einen pädagogischen Anspruch und unterliegt
211 der Aufsicht der für die Schulen zuständigen Regionalen Landesämtern für
212 Schule und Bildung und dem Kultusministerium. Der Ausbau der Grundschulen
213 zu offenen Ganztagschulen kann allerdings eine Hortbetreuung nicht vollständig
214 ersetzen. Insbesondere in den Schulferien und in Randzeiten sind verlässliche
215 Betreuungsangebote wichtig. Eltern sollten die Wahlmöglichkeit haben, die Ganz-
216 tagsschule durch eine beitragspflichtige Hortbetreuung zu ergänzen.

217 **Ausbau der Kindertagespflege:** Wir Freie Demokraten fordern, dass die Kin-
218 dertagespflege weiter ausgebaut und angemessen vergütet wird. Neben den Ta-
219 geseinrichtungen leistet auch die Kindertagespflege durch qualifizierte Tagesmüt-
220 ter und -väter einen wichtigen Beitrag, um flexible Betreuungsangebote zu
221 schaffen. Um auch dem Bildungsanspruch gerecht zu werden, sind die Qualifizie-
222 rungsangebote für angehende Tagespflegekräfte auszuweiten und dabei ver-

223 stärkt Aspekte der frühkindlichen Bildung zu vermitteln. Qualifizierte Tagespflege-
224 kräfte sollen auch eine angemessene Vergütung erhalten.

225 **Jeder Grundschüler soll lesen lernen:** Wir Freie Demokraten fordern, dass je-
226 des Kind lesen lernt. Wir wollen bei den Kleinsten beginnen und ein Bewusstsein
227 für den Wert und den Einfluss von Literatur schaffen. Grundvoraussetzung hier-
228 für ist es zunächst, ein ausreichendes Leseverständnis zu schaffen. Neben dem
229 Lesenlernen in der Grundschule können beispielsweise Lesenächte, Bibliotheks-
230 besuche, Lernprogramme wie Antolin oder Lesestunden von Autoren Anreize
231 schaffen, ein Buch zu lesen. Kooperationen zwischen der örtlichen Bibliothek
232 und den Grundschulen unterstützen diese Anreize.

233 **Sitzplatzgarantie in der Schülerbeförderung:** Wir Freie Demokraten fordern,
234 dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit erhalten sollen, im Schul-
235 bus einen Sitzplatz zu erhalten. Anderswo ist es Gang und Gebe, dass jedes
236 Kind im Schulbus einen Sitzplatz angeboten bekommt. Nur bei uns werden die
237 Kinder teilweise sogar an der Haltestelle stehen gelassen, weil der Bus bereits
238 überfüllt ist. Das stellt nicht nur eine Gefahr für die Sicherheit der Kinder dar,
239 sondern ist auch eine Benachteiligung der Kinder auf dem Land, weil es teilwei-
240 se nur die eine Busverbindung gibt.

241 **Freiräume für Jugendliche schaffen:** Wir Freie Demokraten fordern Treffpunk-
242 te für Jugendliche. Auch Jugendliche brauchen Orte, an denen sie für sich sein
243 können. Für Kinder gibt es Spielplätze zum Treffen und Austoben, doch die Ju-
244 gendlichen vermissen Räume, an denen sie sich – egal ob drinnen oder draußen
245 – treffen können. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass beispielsweise seitens
246 der Stadt- und Gemeindeverwaltung digitale Labs als Modellorte eingerichtet wer-
247 den, an denen junge Menschen ihre digitalen Fähigkeiten ausprobieren können.
248 Schulen und andere Gebäude, die nicht rund um die Uhr genutzt werden und
249 am Wochenende, nachmittags oder abends zur Verfügung stehen, sollen als
250 Proberäume für Musizierende und Bands oder als Projekträume für junge Men-
251 schen leichter zur Verfügung gestellt werden.

252 **Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten:** Wir Freie Demokraten fordern, dass be-
253 stehende Jugendfreizeiteinrichtungen gefördert und ausgebaut werden. Die Ju-
254 gendfreizeiteinrichtungen sind integraler Bestandteil nachhaltiger Jugendarbeit. In
255 Jugendfreizeiteinrichtungen sollen Jugendliche die Möglichkeit erhalten, ihre Fä-
256 higkeiten nach pädagogischer Anleitung zu entwickeln und zu lernen. Dies soll
257 insbesondere digitale Fähigkeiten miteinschließen.

258 **Einbindung Jugendlicher in kommunale Arbeit:** Wir Freie Demokraten for-
259 dern, dass Jugendliche stärker in die kommunale Arbeit eingebunden werden.
260 Für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen ist es wichtig, dass sie auch
261 lernen, Argumente für ihre Meinungen zu finden, zu vermitteln und auch demo-

262 kratisch darüber diskutieren zu können. Wir setzen uns deshalb für eine Stär-
263 kung der demokratischen Jugendbildung ein, indem beispielsweise ein jährlicher
264 stadtweiter Debattier-Wettbewerb ausgerichtet wird.

265 **Digitale Bildung:** Wir Freie Demokraten fordern, dass alle Schülerinnen und
266 Schüler die Möglichkeit erhalten, an digitalen Bildung teilzunehmen. Die Chancen
267 digitaler Bildung wollen wir weiter stärken. Die Zeit während der Corona-Pande-
268 mie hat angedeutet, welche Möglichkeiten digitaler Bildung bestehen. Diese Po-
269 tenziale wollen wir nutzen. Daher sprechen wir uns für einen umgehenden Abruf
270 der Mittel aus dem Digitalpakt Schule aus. Wir wollen, dass alle Schülerinnen
271 und Schüler durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einem souveränen
272 und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigt werden. Auch
273 die weitere Anschaffung moderner Lehrmittel, wie interaktive Smartboards und
274 Tablets sowie die Finanzierung einer Stelle des IT-Beauftragten, wollen wir weiter
275 vorantreiben.

276 **Bildung gegen Mobbing:** Wir Freie Demokraten wollen Bildungsangebote ge-
277 gen Mobbing schaffen. Jede Schülerin und jeder Schüler sollen angstfrei zur
278 Schule kommen können. Dazu bedarf es eines in regelmäßigen Abständen, für
279 die Schulen verpflichtenden, wiederkehrenden Programms, das eine Kultur des
280 Hinschauens etabliert.

281 **Infektionsschutz in Schulen nach der Pandemie:** Wir Freie Demokraten wol-
282 len, dass die Erkenntnisse aus der Corona-Krise in die baulichen Richtlinien für
283 Kindertagesstätten und Schulen einfließen. Denn Maßnahmen zum Schutz vor
284 Infektionen helfen auch nach der Corona-Pandemie gegen Grippe- und Erkäl-
285 tungsviren. Schulen und Kindertagesstätten müssen durch den festen Einbau
286 von Lüftungssystemen und Sanitäreinrichtungen zukunftsfest gemacht werden.
287 Dazu gehören moderne Waschräumen und Toiletten. Alle Schüler und Lehrer
288 müssen freien Zugang zu warmen Wasser, Seife und Papierhandtüchern haben.
289 Auch mit Blick auf den CO₂-Gehalt in den Räumen können die Erfahrungen aus
290 der Corona-Krise genutzt werden. CO₂-Ampeln helfen, schlechte Luft zu erken-
291 nen. Ein zu hoher CO₂-Gehalt zeigt nicht nur dieses Gas an, sondern auch die
292 damit verbundenen Aerosole, die Unbehagen, Kopfschmerzen, Konzentrations-
293 störungen und auch Krankheiten auslösen können.

294 **2. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, Klimaschutz**

295 **Stadt mit Leben füllen:** Wir Freie Demokraten streben nach einer Abkehr von
296 der einseitigen Nutzung der Innenstadt für den Einzelhandel. Neben der wichti-
297 gen Funktion für Handel und Wirtschaft sollte auch das Wohnen eine zentrale
298 Rolle einnehmen. Wir sind der Überzeugung, dass dem Ladensterben und dem
299 damit verbundenen teilweise fortschreitenden Verfall der Innenstädte vor allem

300 mit einer Veränderung der bestehenden Strukturen entgegengetreten werden
301 kann.

302 **Innenstädte erblühen lassen:** Wir Freie Demokraten setzen wir uns für mehr
303 Stadtgrün in den Innenstädten ein. Die Stadt als regionales Einkaufszentrum hat
304 bislang der Funktionalität die Aufenthaltsqualität untergeordnet. Mit zeitlich be-
305 grenzten Projekten wird diesem bereits versucht entgegenzuwirken. Wir setzen
306 uns für eine längerfristige und nachhaltige Verbesserung der Aufenthaltsqualität
307 in der Kommune durch mehr Stadtgrün ein.

308 **Innenstadt als Ort der Begegnung:** Wir Freie Demokraten wollen die Innen-
309 stadt als Forum der Begegnung stärken. Spielplätze oder qualitativ hochwertige
310 Aufenthaltsmöglichkeiten sind in der Innenstadt kaum vorzufinden. Wir wollen
311 das ändern und die Innenstadt zu einem Begegnungsort für Jung und Alt ma-
312 chen. Vielfach gibt es für bestimmte Bevölkerungsgruppen jenseits Einkaufs kei-
313 nerlei Anziehungspunkt in der Innenstadt. Die Einrichtung von innerstädtischen
314 Erlebnisplätzen für unterschiedliche Generationen (Wasserspiele, Spielplätze, Pé-
315 tanque) sind geeignete Maßnahmen zur Schaffung solcher Anziehungspunkte.

316 **Eine offene Stadt braucht offene Konzepte:** Wir Freie Demokraten wollen offe-
317 ne Konzepte in den Innenstädten fördern. Zu häufig wurden in der Vergangen-
318 heit Gebäude mit großflächig geschlossenen Fassaden oder gänzlich nach innen
319 gewandte Shopping Malls in die Innenstädte gesetzt, die der Stadtentwicklung
320 vielerorts abträglich sind. Das konterkariert unsere Bemühungen um eine offene
321 und lebendige Stadt mit großem Aufenthaltswert und breitem Angebot.

322 **Originale bestärken:** Wir Freie Demokraten sehen die Unterstützung von inha-
323 bergeführten Geschäften in der Innenstadt als eine Kernaufgabe. Hierbei gilt es
324 seitens der Politik Rahmenbedingung zu schaffen, in denen die Einzelhändlerin-
325 nen und -händler ihre Stärken wie Kundenkontakt und -bindung) entfalten kön-
326 nen. Inhabergeführte Geschäfte tragen in ihrer Gesamtheit maßgeblich zum Cha-
327 rakter und zur Attraktivität der Innenstädte bei.

328 **Identitäten stiften:** Wir Freie Demokraten möchten unseren innerstädtischen
329 Plätzen eine eigen unverwechselbare Identität verleihen, die sie zu echten Se-
330 henswürdigkeiten auf dem Stadtplan machen. Mehrzweckplätze schaffen meist
331 mehr Probleme, als dass sie diese lösen. Ein eigenes, originäres Nutzungskon-
332 zept (Gastro, Begegnung, Wochenmarkt/Großveranstaltung) ist festzulegen, da-
333 mit der asphaltierte Mehrzweckplatz der Vergangenheit angehört.

334 **Anlaufziele in die Stadt holen:** Wir Freie Demokraten wollen die die Belebung
335 der Innenstädte vorantreiben, indem wir Institutionen mit entsprechendem Publi-
336 kumsverkehr in die Innenstadt holen. Musik-, Volkshochschulen und andere öf-
337 fentliche Institutionen sind häufig außerhalb der Innenstadt. Ein (partieller) Um-

338 zug in die Innenstadt sorgt für mehr Publikum in den Innenstädten. Hierzu muss
339 das jeweilige Verkehrskonzept angepasst werden. Mehr Publikum bedeutet mehr
340 Nutzer des ÖPNV und mehr Bedarf an Rad- und PKW-Plätzen.

341 **Einkaufen in der Innenstadt neu denken:** Wir Freie Demokraten möchten den
342 innerstädtischen Einzelhandel ermutigen, neue Wege im Verkauf zu gehen. Pilot-
343 projekte zur Lieferung von Waren an einen P&R-Parkplatz möchten wir initiieren
344 – ebenso wie die Weiterentwicklungen von City-Apps, mit denen auch Vorbestel-
345 lungen oder Onlineeinkauf ermöglicht werden soll. Niemand hat Lust für einen
346 längeren Einkauf mehrere Taschen durch die Stadt zu schleppen. Möglich wäre
347 die Lieferung der Waren durch die Einzelhändlerinnen und -händler an den
348 P&R-Parkplatz, oder bei Bestellung über die City-App auch an die Haustür.

349 **Alles im Fluss:** Wir Freie Demokraten setzen uns für gezielte Rückbauten an in-
350 nerstädtischen Gewässern ein. Während bis in die jüngste Vergangenheit inner-
351 städtische Gewässer überbaut oder kanalisiert wurden, zeigen Studien, dass sich
352 das innerstädtische Mikroklima und der Aufenthaltsqualität durch einen Rückbau
353 an Flüssen, Bächen, Gewässern deutlich verbessert.

354 **Dezentrale Einkaufszentren mit Augenmaß planen:** Wir Freie Demokraten set-
355 zen bei der Ansiedelung oder dem Ausbau von dezentralen Einkaufszentren auf
356 einen ausreichenden räumlichen Abstand zur Innenstadt sowie für ein ergänzen-
357 des und nicht konkurrierendes Angebot. Einkaufszentren außerhalb der Innen-
358 stadt können dazu beitragen, dass Wege verkürzt und innerstädtische Infrastruk-
359 tur geschont werden. Allerdings darf hierdurch kein Anziehungspunkt entstehen,
360 der die Innenstadt substanziell benachteiligt. Die Einbettung in eine kommunale
361 Gesamtstrategie hinsichtlich Verkehres und Einzelhandel hat zu erfolgen.

362 **Nachverdichtung mit Augenmaß:** Wir Freie Demokraten erachten die Nachver-
363 dichtung als geboten und sinnvoll an, werden hierbei dem Quartierscharakter
364 aber jederzeit Rechnung tragen. Auch die Kapazitäten der Infrastruktur müssen
365 durch das steigende Verkehrsaufkommen beachtet und Verkehrskonzepte ent-
366 sprechend angepasst werden. Die Wohnungsknappheit führt mancherorts zu ei-
367 nem derartigen Druck, dass es bei Nachverdichtungen nur noch um die Maximal-
368 nutzung des vorhandenen Raumes geht. Die Gefahr großer und dauerhafter ne-
369 gativer Folgeschäden durch eine dem Quartier nicht angemessene Nachverdich-
370 tung muss städtebaulich jederzeit mitbedacht werden.

371 **Digitales Baulücken- und Potenzialflächenkataster:** Wir Freie Demokraten set-
372 zen uns für die Schaffung eines digitalen Baulücken- und Potenzialflächenkatas-
373 ters ein. Planungsrelevante Daten, Kartenwerke, Flächennutzungs- und Bebau-
374 ungspläne sowie Raumordnungsprogramme sollen in digitaler Form zur Verfü-
375 gung gestellt werden. Die Beschaffung, Auswertung und auch die Archivierung in
376 Papierform ist nicht mehr zeitgemäß und verlangsamt Planungsprozesse.

377 **Wohnraum bedarfsgerecht schaffen:** Wir Freie Demokraten setzen beim Woh-
378 nungsbau auf bedarfsgerechte Modelle statt auf Verbote. Wir möchten Rahmen-
379 bedingungen setzen, die Schaffung von Wohnräumen für unterschiedlichste Le-
380 benssituationen ermöglichen – von der Single-Wohnung, über das Appartement
381 bis zum Einfamilienhaus mit Garten muss weiter alles möglich sein. Wir wollen,
382 dass individuelle Träume der Menschen erreichbar bleiben. Darüber hinaus spre-
383 chen wir uns für mehr Mut in der Bauplanung aus. Tiny Houses, ökologische
384 Bauformen und spektakuläre Architektur sollte man nicht nur im Ausland bestau-
385 nen dürfen. Ein breites Wohnraumangebot in allen Segmenten ist das beste Mit-
386 tel gegen stetig steigende Mieten und Kaufpreise und würde zweifelhaften politi-
387 schen Instrumenten wie der Mietpreisbremse vorbauen. Bezüglich der Reduzie-
388 rung weiterer Flächenversiegelungen setzen wir gerade im ländlichen Raum auf
389 Anreize wie etwa „Jung kauft Alt“ und nicht auf Bauverbote für Einfamilienhäu-
390 ser.

391 **Leichtere Umnutzung ermöglichen:** Wir Freie Demokraten wollen die Umnut-
392 zung von Gewerbeflächen zu Wohnzwecken, Kulturräumen oder
393 Co-Working-Spaces durch flexiblere Regelungen ermöglichen. Die Entwicklung
394 städtischer Areale scheitert allzu oft an der zu komplexen und langwierigen Um-
395 nutzung von ehemaligen Gewerbeflächen.

396 **Monitoring der Wanderungsbewegungen:** Wir Freie Demokraten wollen Wan-
397 derungsbewegungen bestimmter Altersgruppen und deren Ursachen stärker ana-
398 lysieren. Zu- und Wegzug von Personengruppen sind immer Indizien für die At-
399 traktivität oder Probleme einer Kommune. Wir Freie Demokraten möchten die Le-
400 bensbedingungen in unseren Kommunen für alle Altersgruppen attraktiv gestal-
401 ten. Der Wegzug bestimmter Altersgruppen ist für uns ein Weckruf und sollte
402 sich in unserem politischen Handeln widerspiegeln (Wohnraum für Familien, Se-
403 nioren, medizinische Versorgung, Schul- und KiTa-Angebot).

404 **Städte smarter machen:** Wir Freie Demokraten wollen größere Areale für
405 Smart-City-Projekte schaffen. Um Potenziale zielführend zu entfalten und Ent-
406 wicklungsfortschritte im Smart-City-Ansatz zu erzielen, ist die praktische Umset-
407 zung digitaler Prozesse notwendig. Wir sehen gerade die Hochschulstandorte als
408 geeignet an, hier ihre Vorreiterrolle stärker wahrzunehmen.

409 **Tante-Emma-Läden:** Wir Freie Demokraten setzen uns für den Erhalt und die
410 Förderung von kleinen, dezentralen Läden für den kleinen Einkauf des täglichen
411 Bedarfs ein. Viele der traditionellen, kleinen Einzelhändlerinnen und -händler für
412 Lebensmittel des täglichen Bedarfs haben den Preiskampf mit den großen Dis-
413 countern wirtschaftlich nicht überlebt. Sie erfüllen aber eine wichtige Bedeutung
414 für den Austausch und die Begegnung zwischen sonst anonymen Nachbarn in
415 der Stadt und stiften in kleinen Gemeinden Identität.

416 **Ausbau des ÖPNV auf dem Land:** Für einen konsequenten Ausbau des ÖPNV
417 auf dem Land setzen wir Freien Demokraten uns ein. Diese betreffen v.a. die
418 Nachtverbindungen und Etablierung von Sammeltaxis. Der ländliche Raum be-
419 darf einer besseren Anbindung. Mobilität muss für jede Altersgruppe gewährleis-
420 tet sein, um Wegzug zu verhindern.

421 **P&R in den Städten stärken:** Wir Freien Demokraten wollen das P&R-System
422 in den Städten stärken. Günstige oder kostenlose Stellplätze sowie Transfer in
423 die Innenstadt sollen zur Akzeptanz von P&R beitragen. P&R-Systeme tragen ei-
424 nen Teil zur Entlastung des Innerstädtischen Verkehrs bei.

425 **Verkehrsführung überprüfen:** Wir Freie Demokraten wollen überprüfen, wo in
426 der Straßenführung die Potenziale für partielle Einbahnstraßenregelungen gege-
427 ben sind, um die Aufenthaltsqualität der Innenstadt punktuell zu stärken. In vie-
428 len niedersächsischen Groß- und Mittelstädten gibt einen in beide Richtungen be-
429 fahrbaren Ringstraßen um die Innenstadt, die ihre städtebauliche Entwicklung un-
430 nötig einschränken.

431 **Keine Klimanotstandsbeschlüsse:** Wir Freie Demokraten lehnen Klimanot-
432 standsbeschlüssen kommunaler Vertretungen ab. Wir sehen in der Herbeifüh-
433 rung eines Klimanotstandsbeschlusses zunächst einen symbolischen Akt, der
434 noch keinerlei substanzielle Verbesserung hinsichtlich des Klimawandels bringt.
435 Darüber hinaus ist die Unterordnung aller Problemfelder unter das Thema Um-
436 welt und Klimaschutz nicht zu rechtfertigen, da es wichtige kommunale Hand-
437 lungsoptionen behindert. Auch die kommunale Ebene muss in den europäischen
438 Handel mit Verschmutzungs- bzw. Emissionszertifikaten eingebunden werden, um
439 den Klimawandel wirksam zu bekämpfen.

440 **PKW nicht einseitig benachteiligen:** Wir Freien Demokraten lehnen das Ziel ei-
441 ner pauschalen autofreien Innenstadt ab. Wir setzen nicht auf eine einseitige Be-
442 nachteiligung des PKW. Die zunehmende Streichung von Parkplätzen in innen-
443 stadtnahen Gebieten sehen wir kritisch. Vielmehr möchten wir mit Anreizen Bür-
444 gerinnen und Bürger animieren, für Fahrten in die Stadt das Auto häufiger ste-
445 hen zu lassen.

446 **Umstieg erleichtern:** Wir Freie Demokraten treten für die Ausbesserung der
447 Radwege sowie die Modernisierung der ÖPNV-Busflotten ein. Der Umstieg vom
448 PKW auf den ÖPNV oder das Rad wird häufig genug durch schlechte oder nicht
449 vorhandene Radwege sowie veraltete Busflotten ohne zeitgemäße Ausstattung
450 wie etwa WLAN gehemmt.

451 **Antriebswende auf kommunaler Ebene fördern:** Wir Freie Demokraten wollen
452 mit dem Ausbau von Wasserstofftankstellen und Ladestationen für E-Autos auch
453 auf kommunaler Ebene die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Antriebs-

454 wende schaffen. Wasserstofftechnologien müssen bei der Debatte um die ange-
455 strebte Antriebswende stärker als bisher in den Fokus gerückt werden. Grundbe-
456 dingung für einen Umstieg, insbesondere auf Wasserstoffantriebe, ist jedoch ein
457 engmaschigeres Netz der entsprechenden Tankstellen und Ladestationen.

458 **Pilotprojekt Straßenbelag:** Wir Freie Demokraten setzen uns für die Realisie-
459 rung von Pilotprojekten in den Städten ein, in denen die Auswirkungen von helle-
460 rem Straßenoberflächen auf das Stadtklima untersucht werden soll. Mit den bis-
461 her flächendeckend gebräuchlichen dunklen Straßenoberflächen geht eine Erhit-
462 zung der Innenstädte einher, die in den kommenden Jahren zu einem relevanten
463 Problem werden wird. Anhand von Pilotprojekten sollen Möglichkeiten für etwai-
464 ge Gegenmaßnahmen eruiert werden.

465 **Wir schließen den Menschen aus der Natur nicht aus:** Wir Freie Demokraten
466 setzen uns dafür ein, dass die Menschen aus der Natur nicht ausgeschlossen
467 werden. Bei der Sicherung von Natura 2000- Gebieten sollen Betretungsverbote
468 nicht generell erlassen werden, sondern die Erforderlichkeit eines Betretungsver-
469 bots im Einzelfall geprüft und auf das notwendige Maß reduziert werden.

470 **Aktives Giftpflanzenmanagement:** Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein,
471 Managementpläne für eine wirksame Regulierung von Giftpflanzen aufzustellen.
472 In vielen Gebieten wachsen hochgiftige Pflanzen, die für Mensch und Tier Le-
473 bensgefahr darstellen. Ein Beispiel hierfür ist das Jakobskreuzkraut. Es sollen ei-
474 gentumsübergreifend unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Ei-
475 gentümer, Bewirtschafter und Abfallwirtschaft Bewirtschaftungspläne aufgestellt
476 werden, die neben der fachgerechten Entfernung von Pflanzen, eine saisonale
477 Aufstellung von Sammeltonnen beinhalten, deren Inhalt ordnungsgemäß in der
478 Verbrennung entsorgt wird und sich somit nicht weiterverbreiten kann.

479 **Wassermanagement:** Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass mit ei-
480 nem aktiven und ideologiefreien Wassermanagement ein Ausgleich der Interes-
481 sen von Privathaushalten, Industrie und Landwirtschaft erfolgt. Dazu sollen auch
482 die Kapazitäten der Wasserversorgung bei Bedarf erhöht werden können. Gera-
483 de in den heißen, wasserarmen Sommermonaten kommt es vermehrt zu einem
484 Interessenkonflikt im Wasserverbrauch.

485 **Pflege und Schutz öffentlicher Flächen:** Wir Freie Demokraten setzen uns da-
486 für ein, dass unsere Kommunen zukünftig einen Bewirtschaftungsplan aufstellen,
487 mit dem sichergestellt wird, dass die Flächen gemäß ihrem Schutzstatus gepflegt
488 werden. Kreise, Städte und Gemeinden verfügen über vielfältige eigene Flächen
489 und sind gleichzeitig Aufsichtsbehörden für die Überwachung privat genutzter
490 Flächen. Die Kommunen sind für Pflege und Schutz ihrer eigenen Flächen in der
491 Pflicht, kommen dieser aber oft nicht nach.

492 **Kommunaleigene versiegelte Flächen und Wegeränder:** Wir Freie Demokra-
493 ten fordern, dass versiegelte, kommunale Flächen dahingehend überprüft wer-
494 den, ob diese durch Entsiegelung die Biodiversität in Städten und Gemeinden er-
495 höhen können. Es gibt immer mehr Forderungen, Eingriffe in die Gestaltung von
496 privaten Flächen, zum Beispiel Gärten, vorzunehmen. Wir sehen jedoch auch
497 die Kommunen in der Pflicht, ihre eigenen Flächen als Raum für mehr Biodiversi-
498 tät zu entwickeln. Deshalb sollen auch Wegeraine nur in Ausnahmefällen ge-
499 mäht werden. Hier kann eine pflegearme Bepflanzung zur Erreichung der Ziele
500 beitragen.

501 **Kommunale Beteiligung am Ausbau von regenerativen Energien:** Wir Freie
502 Demokraten setzen uns dafür ein, dass der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf
503 kommunalen Dachflächen zukünftig vermehrt geprüft und umgesetzt wird. Für
504 uns spielen bei der Energiewende auch die Kommunen eine wichtige Rolle. Des-
505 halb soll auch geprüft werden, ob diese Dachflächen den Kommunen zur Ver-
506 pflichtung der Ausweisung von Flächen für regenerative Energien angerechnet
507 werden können. Eine solche Anrechnung wäre aus unserer Sicht nur konse-
508 quent.

509 **Kommunale Unterstützung bei Power-to-X:** Wir Freie Demokraten unterstützen
510 kommunale Projekte zur technologieneutralen Entwicklung und Nutzung der
511 Power-to- X-Technologie. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen den
512 Unternehmen bei entsprechenden Projekten zur Seite stehen und keine zusätzli-
513 chen Hürden in den Weg stellen. Bis 2050 soll Europa zum ersten klimaneutra-
514 len Kontinent werden. Hierbei spielt Wasserstoff eine wichtige Rolle. Wenn mehr
515 grüne Energie geliefert wird, als lokal abgenommen werden kann, dann wird der
516 Überschuss genutzt, um Wasserstoff zu produzieren. Dieses Gas wird in Zukunft
517 ins Netz eingespeist und kann so die Wohnungen und Häuser der Menschen vor
518 Ort heizen.

519 **Innovatives Bauen ermöglichen:** Wir Freie Demokraten setzen uns für innovati-
520 ve Bauvorhaben, besonders auch in Neubaugebieten, ein. Bauen mit innovativen
521 Materialien oder auch Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen ermöglicht oft
522 ein innovatives Baukonzept. Viele Bebauungspläne werden mit gestalterischen
523 Auflagen belegt, die den Einsatz von innovativen Materialien blockieren. Wir wol-
524 len örtliche Gestaltungsvorgaben von Fragen des persönlichen Geschmacks be-
525 freien und auch eine offenere Gestaltung von Gebäuden zulassen. Dementspre-
526 chend setzen wir uns auch für eine regelmäßige Überprüfung der kommunalen
527 Bausatzungen ein.

528 **Kommunale Identität durch integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte stärken:** Wir Freie Demokraten fordern die Aufstellung von integrierten Ent-
529 wicklungs- und Handlungskonzepten in allen Kommunen. Hierbei wird unter Be-

531 teiligung der Bevölkerung und den kommunalen Mandatsträgerinnen und -trägern
532 erarbeitet, welche Stärken die Kommune hat und in welche Richtung sie sich
533 entwickeln soll. Dabei entsteht eine gemeinsame kommunale Identität mit ge-
534 meinsamen Zielen, auf die das kommunale Handeln abgestellt werden kann. Bei
535 der intensiven Zusammenarbeit entsteht eine stärkere Gemeinschaft.

536 **3. Digitalisierung und moderner Staat**

537 **Digitale Infrastruktur:** Wir Freie Demokraten setzen uns für den lückenlosen
538 Ausbau eines Glasfaser- und Mobilfunknetzes in 5G-Standard ein. Wir wollen
539 Glasfaser nicht nur an jeder Milchkanne, sondern in jedem Haushalt, jeder
540 Schule und jedem Industrie- und Gewerbegebiet. Diesem Anspruch muss auch
541 die Bauleitplanung vor Ort gerecht werden. Entsprechende Infrastruktur ist bei
542 jedem Bebauungsplan zu berücksichtigen. Wir fordern die Verwaltung auf bei je-
543 dem neuen Vorhaben die Netzanbindung zu berücksichtigen. Die digitale Infra-
544 struktur stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Durch den konsequenten Glas-
545 faserausbau sollen Anreize für neue Gewerbeansiedlungen geschaffen werden.
546 Hierbei müssen wir bereits die Standards von Morgen im Blick haben.

547 **Freies WLAN & digitale Innenstädte:** Wir Freie Demokraten fordern die flä-
548 chendeckende Bereitstellung von kostenfreiem WLAN an allen zentralen Plätzen.
549 In Fußgängerzonen und Innenstädten sollen zudem die Lademöglichkeiten für di-
550 gitale Endgeräte ausgebaut werden. Hier ist die Wirtschaftsförderung gefordert,
551 die Geschäfte zu sensibilisieren und ggf. zu unterstützen. Freies WLAN steigert
552 die Attraktivität unserer Fußgängerzonen und Innenstädte. Mehr Lademöglichkei-
553 ten für digitale Endgeräte ermöglichen längere Aufenthalte. Diese Maßnahmen
554 sind notwendig, um einem möglichen Aussterben der Innenstädte zuvor zu kom-
555 men.

556 **Digitale Kompetenz schaffen:** Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der
557 Digitalisierung auch in der Kommunalverwaltung nutzen. Als Querschnittsthema
558 ist der Digitalisierung eine höhere Priorität einzuräumen. Um die notwendigen
559 Kompetenzen hierfür zu schaffen, fordern wir die gezielte Schulung der Verwal-
560 tungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Die Landkreise sollen zudem die Stelle ei-
561 nes Digitalexperten bzw. einer Digitalexpertin als zentrale Ansprechperson und
562 zur Koordination von Digitalisierungsprojekten auf kommunaler Ebene einrichten.
563 Die kommunale Verwaltung hinkt bei der Digitalisierung hinterher. Es bedarf des-
564 halb der Aufstellung konkreter Digitalisierungskonzepte für Themen wie Smart
565 Mobility oder E-Government in unseren Kommunen. Fehlende digitale Kenntnisse
566 dürfen nicht länger der Grund dafür sein, dass die niedersächsischen Kommunen
567 den Anschluss verlieren.

568 **Kommunalpolitik digitalisieren:** Wir Freie Demokraten wollen für eine bessere
569 Vereinbarkeit von Beruf, Familie und dem Engagement in der Kommunalpolitik

570 auch die Arbeit in den kommunalen Gremien und in der Verwaltung selbst mo-
571 dernisieren. Wir fordern deshalb die Ermöglichung von komplett digitalen Sitzun-
572 gen, zumindest aber von sogenannten Hybridsitzungen. Beratungen, Abstimmun-
573 gen und Drucksachen sollen in der Regel (teil-)digital durchgeführt und vorgelegt
574 werden. Viel zu oft scheitert das kommunalpolitische Engagement an der Le-
575 benswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Damit etwa auch Studierende oder
576 junge Eltern regelmäßig an den Sitzungen kommunaler Gremien teilnehmen und
577 sich einbringen können, müssen hierfür flexible Möglichkeiten geschaffen wer-
578 den.

579 **Digitale Bürgerbeteiligung:** Wir Freie Demokraten fordern die Sitzungen der
580 kommunalen Gremien grundsätzlich als Livestream ins Internet zu übertragen,
581 um den Bürgern eine vereinfachte Möglichkeit zu geben am politischen Diskurs
582 ihrer Gemeinde teilnehmen zu können. Demokratie lebt von Beteiligung. Die
583 technischen Möglichkeiten an öffentlichen Sitzungen digital teilzunehmen sind vor
584 Ort für die Kommunalpolitiker vielfach geschaffen worden. Es ist notwendig, die-
585 se Möglichkeit der Teilnahme auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger zu
586 schaffen.

587 **Chief Digital Officer:** Wir Freie Demokraten begreifen die Zersplitterung bei der
588 Zuständigkeit für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung als Problem bei
589 der Reform des Staatswesens. Wir wollen auf Stadt- bzw. Kreisebene einen
590 Chief Digital Officer einführen, um die Digitalisierung in Kreis und Kommune vor-
591 anzutreiben. Beim Chief Digital Officer laufen einerseits die Fäden unterschiedli-
592 cher Digitalisierungsprojekte zusammen. Andererseits kümmert er sich um die
593 Beratung der Verwaltungen.

594 **Barrierefreier Internetauftritt:** Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass
595 alle Teile der Internetpräsenz unserer Kommunen barrierefrei zugänglich sind, um
596 auch benachteiligten Nutzerinnen und Nutzern die Anwendung zu ermöglichen.
597 Spätestens seit dem 23. September 2020 sind auch alle öffentlichen Stellen in
598 Kommunen dazu verpflichtet ihre Internetseiten barrierefrei zu gestalten, ab Mitte
599 2021 gilt diese Pflicht auch für mobile Anwendungen. Die kommunale Verwal-
600 tung und ihr Internetauftritt steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen und sollte
601 dementsprechend auch allen gleichermaßen zugänglich sein.

602 **Digitaler Bürgerhaushalt und Mitmach-Portal:** Wir Freie Demokraten sprechen
603 uns für sogenannte Bürgerhaushalte aus, bei denen die Bürgerinnen und Bürger
604 über die Verwendung bestimmter Haushaltsmittel mitentscheiden dürfen. Die Bür-
605 gerhaushalte sollen dabei digital einsehbar sein und dynamisch die Einnahmen
606 und Ausgaben der Kommune darstellen. Auch abseits der Haushaltsberatung
607 wollen wir Freie Demokraten die Bürgerinnen und Bürger stärker am politischen
608 Entscheidungsprozess beteiligen. Über Mitmach-Portale oder eine zentrale Bür-

609 ger-App sollen sie auf Mängel aufmerksam machen oder aber eigene Vorschläge
610 einbringen und diskutieren können. Bürgerhaushalte schaffen Transparenz und
611 Akzeptanz für politische Entscheidungen. Diese müssen für jedermann nachvoll-
612 ziehbar sein. Gleichzeitig sollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger be-
613 rücksichtigt und ihre Ideen mit eingebunden werden.

614 **Open Public Data & Open Government:** Wir Freie Demokraten setzen uns
615 grundsätzlich für den freien Zugang zu Informationen und nicht-personenbezo-
616 gener Daten kommunaler Behörden sowie eine Politik nach dem Prinzip der
617 Open Public Data und des Open Governments ein. Hierzu sollen die entspre-
618 chenden nicht-personenbezogenen Daten bis 2026 vervollständigt und ausrei-
619 chend gut aufbereitet werden. Die geltenden Datenschutzstandards müssen da-
620 bei stets gewahrt bleiben. Ziel ist die Schaffung einer gläsernen Behörde, aber
621 nicht eines gläsernen Bürgers. Durch mehr Transparenz und die stärkere Einbin-
622 dung der Bevölkerung sowie eine engere Zusammenarbeit mit Wirtschaft und
623 Forschung sollen innovative Ideen und Projekte vorangetrieben werden.

624 **Digitales Bürgeramt:** Wir Freie Demokraten setzen uns für ein digitales Bürger-
625 amt ein, in dem postalische Verwaltungsabläufe sowie Formulare und Anträge in
626 Papierform der Vergangenheit angehören. In diesem Zuge fordern wir einen
627 Rechtsanspruch für die Bürgerinnen und Bürger auf digitale Kommunikation mit
628 Behörden. Alle Verwaltungsdienstleistungen müssen nach dem Onlinezugangs-
629 gesetz bis spätestens Ende 2022 auch digital angeboten werden. Diesen digita-
630 len Wandel der öffentlichen Verwaltung wollen wir aktiv begleiten. Öffnungszei-
631 ten müssen flexibilisiert werden. Das Bürgeramt stellt zu allererst eine Service-
632 stelle für die Bürgerinnen und Bürger dar. Der Gang zum Amt darf deshalb nicht
633 länger zur Hürde werden. Die Digitalisierung ermöglicht hierbei einen niedrig-
634 schweligen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen.

635 **Regionale Online-Marktplätze:** Wir Freie Demokraten schlagen die Einrichtung
636 regionaler Online-Marktplätze und digitaler Schaufenster vor, um die Wettbe-
637 werbsfähigkeit des stationären Einzelhandels gegenüber dem Online-Handel zu
638 stärken. Auf diesen Online-Plattformen sollen lokale und regionale Unternehmen
639 miteinander kooperieren und sich digital präsentieren können. Das Angebot sollte
640 Informationen zur Anfahrt, Angebot und Öffnungszeiten und den individuellen
641 Produkten enthalten. In Kooperation mit privaten Dienstleistungsunternehmen
642 können die Kommunen den Händlerinnen und Händlern hierbei nicht nur die
643 Technik zur Verfügung stellen, sondern auch Unterstützung bei der Einrichtung
644 leisten.

645 **Digitale Gewerbeanmeldung:** Wir Freie Demokraten wollen Gewerbeummeldun-
646 gen und Gewerbeabmeldungen digital ermöglichen. Unsere Kommunen haben
647 ein Interesse an neuen Gewerbeansiedlungen. Gewerbean- und -ummeldungen

648 müssen deshalb schnell und unkompliziert möglich sein. Sie dürfen nicht an zu
649 viel Bürokratie scheitern oder unnötig in die Länge gezogen werden.

650 **ÖPNV digital aufrüsten:** Wir Freie Demokraten begreifen WLAN sowie Lade-
651 möglichkeiten als Teil eines modernen ÖPNV-Angebots. Wir setzen uns für die
652 Einrichtung eines App-basierten ÖPNV-on-demand-Systems durch Rufbus- und
653 Ridesharing-Konzepte sowie für die Einführung eines digitalen Ticket-Systems
654 ein. Wir möchten idealerweise landesweit – aber zumindest in den jeweiligen
655 Verkehrsverbänden – die Einführung einer einheitlichen Verkehrs-App umsetzen,
656 die auf Basis von NFC-Chips den individuellen Tarif beim Ein- und Auschecken
657 berechnet. Daneben sollen alle Abfahrtszeiten sowie Verspätungen in Echtzeit
658 verfügbar sein. Für eine echte Verkehrswende muss auch die Attraktivität des
659 ÖPNV gestärkt werden. Die Fahrzeugflotten sind entsprechend zu modernisieren,
660 damit sie auch gerne genutzt werden. Gleichzeitig muss die Nutzung des ÖPNV
661 vereinfacht und übersichtlicher gestaltet werden.

662 **Digitales Parkleitsystem:** Wir Freie Demokraten verstehen unter Smart Mobility
663 eine intelligente Straßenführung, die Vernetzung des ÖPNV sowie digitale Park-
664 leitsysteme. Damit jede Bürgerin und jeder Bürger immer weiß, welcher Park-
665 platz gerade frei ist, sind Parkplätze etwa mit Sensoren auszustatten. Auch
666 wenn autonome Mobilität noch nicht rechtlich möglich ist, wollen wir schon jetzt
667 geeignete Rahmenbedingungen für autonomes Fahren schaffen und entspre-
668 chende Pilotprojekte auf den Weg bringen. Auch der Individualverkehr muss bei
669 zukünftigen Verkehrskonzepten angemessen berücksichtigt werden. Lange Park-
670 platzsuchen schaden dem Verkehrsfluss und der Umwelt. Die digitale Koordinati-
671 on des Individualverkehrs kann diesen effizienter leiten oder dafür sorgen, dass
672 Menschen den ÖPNV bevorzugen. Das autonome Fahren wird in naher Zukunft
673 einen hohen Stellenwert in der Verkehrspolitik einnehmen.

674 **Modellprojekt Telemedizin:** Wir Freie Demokraten wollen die Telemedizin mittel-
675 fristig als flächendeckende Möglichkeit der medizinischen Erstversorgung etablie-
676 ren. Hierzu fordern wir zunächst die Initiierung entsprechender Modellprojekte.
677 Viele medizinische Leistungen können auch in einer Videosprechstunde erbracht
678 werden. Vor allem im ländlichen Raum wird die Telemedizin zukünftig einen
679 wichtigen Faktor in der medizinischen Versorgung darstellen. Hierfür müssen die
680 notwendigen Voraussetzungen geschaffen und entsprechende Erfahrungen ge-
681 sammelt werden. Anscheinend sind zunächst noch viele Patientinnen und Pati-
682 enten zögerlich, obwohl gerade in Corona-Zeiten viel für die Nutzung spricht.
683 Wir wollen, dass die Kommunen bei Ärztinnen und Ärzten werben, die Möglich-
684 keiten der Telemedizin zu nutzen.

685 **Digitalisierung inklusiv gestalten:** Wir Freie Demokraten fordern flächende-
686 ckend WLAN und digitale Schulungen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen. Die

687 Nutzung digitaler Anwendungen darf weder an fehlender technischer Ausstat-
688 tung, noch an fehlenden Kenntnissen und Fähigkeiten scheitern. Funktionierende
689 digitale Infrastruktur hilft nicht nur dem Personal die umfangreiche Dokumentation
690 mit technischer Unterstützung zu schultern - Heute schon und verstärkt in der
691 Zukunft ziehen Senioren schon mit eigenem Smart-Phone, Tablet oder Laptop
692 ins Pflegeheim. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen können sie weite-
693 ren Nutzern Appetit auf digitale Anwendungen – auch noch im hohen Alter ma-
694 chen. Nicht jeder wurde als Digital Native geboren, oder hat die Vorzüge des di-
695 gitalen Austausches schon kennen gelernt. Damit alle Bürgerinnen und Bürger
696 die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen können und die Möglichkeiten voll
697 ausgeschöpft werden, müssen alle Teile der Gesellschaft beim digitalen Wandel
698 mitgenommen werden.

699 **Englisch als Verwaltungssprache testen:** Wir Freie Demokraten wollen eine
700 für ausländische Fachkräfte attraktive Kommune. Viele Betriebe vor Ort sind auf
701 die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Damit
702 diese Menschen ihre täglichen Angelegenheiten bei der Behörde zügig und rei-
703 bungslos erledigen können, setzen wir uns dafür ein, dass Amtsgeschäfte auch
704 in englischer Sprache abgewickelt werden können, soweit dafür Mitarbeiterinnen
705 und Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

706 **4. Wirtschaft und Arbeit**

707 **Der Wirtschaft vor Ort den Rücken stärken:** Wir Freie Demokraten stehen an
708 der Seite des Mittelstandes. Der Mittelstand ist Rückgrat unserer Wirtschaft und
709 damit unseres Wohlstandes. Regionen, Kreise, Städte und Gemeinden müssen
710 deshalb selbstverständlicher Partner der Wirtschaft sein. Denn nur durch eine er-
711 folgreiche Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure gelingt es auch in der Zu-
712 kunft, Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern, Innovationen voranzu-
713 treiben und damit die Wirtschaftskraft der Region zu erhalten. Dies gilt insbeson-
714 dere auch im ländlichen Raum, um so gleichwertige Lebensverhältnisse in der
715 Stadt und auf dem Land zu sichern. Nachhaltiges Wachstum ist zudem der bes-
716 te Weg, um die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Cor-
717 na-Krise zu überwinden.

718 **Gründergeist:** Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Kommunen Un-
719 ternehmen bei Neugründungen und Erweiterungen zur Seite stehen. Wir wollen
720 deshalb die kommunale Wirtschaftsförderung stärken. Zudem setzen wir uns da-
721 für ein, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen verbes-
722 sert werden. Neben einer lückenlosen Versorgung mit Glasfaser- und Mobil-
723 funk-Netz gehört hierzu auch die Straßen-, Wasserstraßen, Autobahn- und
724 Schieneninfrastruktur. Außerdem muss unnötige Bürokratie dringend abgebaut
725 werden. Insbesondere neu gegründete Firmen müssen unkompliziert die Unter-

726 stützung erhalten können, die sie benötigen. Dabei sollten unnötige Behörden-
727 gänge der Vergangenheit angehören.

728 **Bürokratieabbau:** Wir Freie Demokraten wollen auch die Kommunen selbst von
729 der überbordenden Bürokratie befreien werden, die sie in ihrem eigenen Handeln
730 erfüllen müssen. Insbesondere die Vorgaben bei der Ausweisung von Flächen-
731 nutzungs- und Bebauungsplänen sowie die immer komplexeren rechtlichen Vor-
732 gaben im Vergaberecht führen dazu, dass selbst leistungsfähige Kommunen den
733 Ausbau ihrer Infrastruktur und der Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht mehr
734 in angemessener Zeit umsetzen können. Zudem führen die immer komplexeren
735 rechtlichen und tatsächlichen Vorgaben zu massiven Mehrausgaben, gerade bei
736 kleineren Kommunen. Diese können Planungs- und Vergabeleistungen heute oft
737 nur noch ganz oder teilweise durch externe Berater umsetzen.

738 **Fachkräfte und Kinderbetreuung:** Wir Freie Demokraten wollen die Gewinnung
739 von Fachkräften durch ein besseres Angebot im Bereich der Kinderbetreuung un-
740 terstützen. Kommunen sollen daher Unternehmen bei der Bereitstellung von Kin-
741 derbetreuungsangeboten unterstützen. Dazu kann zum Beispiel die Kofinanzie-
742 rung der Betriebskosten zu Gunsten der Unternehmen angepasst werden. Des
743 Weiteren sollen Kommunen mithilfe ihrer übergeordneten Position die Einrichtung
744 von betriebsübergreifenden Kinderbetreuungsangeboten unterstützen und koordi-
745 nieren, was vor allem Kleinunternehmen zu Gute kommt. Weiterhin sollen die
746 Kommunen prüfen, ob den Unternehmen geeignete Räumlichkeiten zur Verfü-
747 gung gestellt werden können."

748 **Den Wandel der Arbeitswelt gestalten:** Wir Freie Demokraten wollen den
749 Wandel in der Arbeitswelt auch bei den kommunalen Arbeitgebern gestalten. Die
750 Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Gerade die Digitalisierung sorgt dabei für
751 weitreichende Veränderungen: Neue Berufsbilder und Geschäftsmodelle entste-
752 hen, während die Bedeutung anderer nachlässt. Zugleich steigt der Wunsch der
753 Beschäftigten nach mehr Flexibilität und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf
754 und Familie oder Freizeitaktivitäten wie dem Ehrenamt. Die Verwaltung sollte bei
755 neuen Arbeitsformen mit gutem Beispiel vorangehen und das Arbeiten von un-
756 terwegs oder aus dem Homeoffice ermöglichen. Starre Arbeitszeitmodelle sind,
757 wo möglich, durch Vertrauensarbeitszeit zu ersetzen. Die Verwaltung soll eine
758 moderne Arbeitgeberin sein.

759 **Kommunale Verantwortung im lokalen Arbeitsmarkt:** Wir Freie Demokraten
760 fordern, dass kommunale Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit gutem Beispiel
761 vorangehen und die Möglichkeiten der Arbeitsmarkteingliederung im Rahmen des
762 „Teilhabechancengesetzes“ stärker als bisher nutzen. Seit dem 1. Januar 2019
763 stehen mit dem Teilhabechancengesetz zwei Förderinstrumente für die Einglie-
764 derung von Langzeitarbeitslosen, § 16e SGB II, und die Teilhabe am Arbeits-

765 markt, § 16i SGB II, zur Verfügung, die auch den Kommunen offensteht. Zudem
766 steht für uns fest, dass Menschen mit Behinderung eine Bereicherung für das
767 Arbeitsumfeld darstellen. Deshalb sollen kommunale Unternehmen die Beschäfti-
768 gungsquote von Menschen mit Behinderungen von 5 Prozent der Beschäftigten
769 in jedem Fall erreichen. Denn der Staat muss bei der Inklusion mit gutem Bei-
770 spiel vorangehen.

771 **5. Haushalt, Finanzen, Personal und Beteiligungen**

772 **Klares Bekenntnis zu nachhaltiger Haushaltspolitik:** Wir Demokraten setzen
773 uns für eine nachhaltige Haushaltspolitik ein. Wir fordern auch in finanziell ange-
774 spannten Zeiten eine strikte Einhaltung des gesetzlich verankerten Verschul-
775 dungsverbots und einen planmäßigen Schuldenabbau. Als Freie Demokraten
776 setzten wir auf strukturelle Korrekturen, öffentliche Aufgabenreduzierung und Effi-
777 zienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung. Das Bekenntnis zu einer nach-
778 haltigen Haushaltspolitik resultiert für uns nicht nur aus einem wirtschaftlichen
779 Grundverständnis, sondern ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit. Mit
780 einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen wir der nächsten Generation ihre
781 Heimat selbst gestalten zu können.

782 **Steuerliche Entlastung vor Ort:** Als Freie Demokraten setzten wir uns für die
783 steuerliche Entlastung von Bürgerinnen und Bürger von der kleinsten Ebene an
784 ein. Deshalb fordern wir keine Sanierung von Haushalten durch eine Anhebung
785 der Grundsteuer B oder eine Zweitwohnsitzsteuer für junge Menschen. Auch
786 setzten wir uns für die Abschaffung der Hundesteuer und anderen Bagatellsteuer
787 ein.

788 **Keine Anhebung der Grundsteuer B:** Wir Freie Demokraten lehnen eine Anhe-
789 bung der Grundsteuer B ab. Durch die Corona-Krise wird es auch zu Einbußen
790 in den kommunalen Haushalten kommen. Die Einnahmeneinbußen schlicht durch
791 eine Erhöhung der Grundsteuer B und damit mit einer Mehrbelastung der Bürge-
792 rinnen und Bürger auszugleichen, ist mit den Freien Demokraten nicht zu ma-
793 chen. Mit einer konstanten Grundsteuer B wollen wir den Eigentumserwerb wei-
794 terhin erschwinglich halten.

795 **Abschaffung der Hundesteuer:** Wir Freie Demokraten setzten uns die allgemei-
796 ne Abschaffung der Hundesteuer zum Ziel. Zumindest wollen wir aber die der-
797 zeitigen Hundesteuersatzungen dahingehend ergänzen, dass Hunde aus den ört-
798 lichen Tierheimen im ersten Jahr nach der Anschaffung und Besuchs- und The-
799 rapiehunde grundsätzlich steuerbefreit sind. Gleichzeitig wollen wir Hundebesit-
800 zer, die bspw. den Hundekot nicht einsammeln, stärker in die Pflicht nehmen. Als
801 Freie Demokraten erkennen wir die wichtige Rolle, die Hunde für Einzelpersonen
802 und Familien als Lebensbegleiter einnehmen, an. Wir betrachten Hunde nicht als
803 Luxusgut und wollen mit der Abschaffung der Hundesteuer die Hundebesitzer

804 von einer ungerechten finanziellen Belastung und hohen bürokratischen Aufwand
805 befreien.

806 **Keine Bagatellsteuern:** Wir Freien Demokraten lehnen sogenannte Bagatell-
807 steuern ab. Daher fordern wir unter anderem die Abschaffung der Jagd- und
808 Vergnügungssteuer. Bagatellsteuern belasten die Bürgerinnen und Bürger, stehen
809 dabei hinsichtlich des Ertrags und des Verwaltungsaufwandes aber in keinem
810 Verhältnis. Durch die Abschaffung von bereits bestehenden Bagatellsteuern ent-
811 lasten wir die betreffenden Bürgerinnen und Bürger vor Ort und ermöglichen
812 gleichzeitig der Verwaltung einen effizienteren Einsatz der Personalkapazitäten.

813 **Keine Zweitwohnsitzsteuer für junge Menschen:** Wir Freie Demokraten setz-
814 ten uns dafür ein, junge Menschen unter 27 nicht mit einer Zweitwohnsitzsteuer
815 zu belasten. Als Freie Demokraten möchten wir Studierenden und Auszubilden-
816 den ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sie in der Studien- und Ausbil-
817 dungsortswahl nicht bevormunden. Wir wollen die jungen Portmonees entlasten
818 und sehen die Gelder besser in der örtlichen Gastronomie als in einer Steuer an-
819 gelegt. Eine Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer zur Sanierung kommunaler
820 Haushalte zu Lasten der jungen Generation lehnen wir daher explizit ab.

821 **Entlastung durch faire Parkgebühren:** Wir Freie Demokraten lehnen wir eine
822 Erhöhung kommunaler Parkgebühren ab und prüfen die Senkung dieser. Eine
823 Erhöhung von kommunalen Parkgebühren würde vor allem dem durch die Coro-
824 na-Krise ohnehin stark belasteten Einzelhandel schaden. Dies wollen wir verhin-
825 dern und durch niedrige Parkgebühren die Hemmnisse für einen Besuch in der
826 Innenstadt abbauen.

827 **Rote Karte für Straßenausbaubeiträge:** Wir Freie Demokraten lehnen Straß-
828 ausbaubeiträge ab. Wir setzen uns für die Abschaffung bestehender Straß-
829 ausbaubeitragssatzungen ein. Die Bemühungen der FDP-Fraktion im Landtag zur
830 Streichung der gesetzlichen Grundlage und zur Schaffung eines Ausgleichssys-
831 tems begrüßen wir ausdrücklich. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der betroffe-
832 nen Eigentümer bleibt bei der Höhe der zu entrichtenden Beiträge vollkommen
833 unberücksichtigt. Sie stellen deshalb ein unkalkulierbares finanzielles Risiko dar.
834 Außerdem haben die Betroffenen keinen Einfluss auf die direkte Bauausführung
835 und somit die Kostengestaltung. Die Unterhaltung von Straßen ist unserer Auf-
836 fassung nach eine kommunale Kernaufgabe – und sollte nicht auf die Bürger ab-
837 gewälzt werden. Wir halten die Straßenausbaubeiträge für höchst ungerecht und
838 unsozial.

839 **Kluge Interkommunale Zusammenarbeit:** Wir Freien Demokraten begrüßen
840 Projekte zur interkommunalen Zusammenarbeit, wenn diese einen Beitrag leis-
841 ten, Kosten zu sparen und die Effizienz der Verwaltung zu steigern. Dies gilt be-
842 sonders für den Betrieb von Bauhöfen und die Wirtschaftsförderung. Kommunen

843 sollten außerdem vermehrt dazu übergehen, gemeinsam gemeinde- oder sogar
844 kreisübergreifende Gewerbegebiete auszuweisen, damit Entwicklungsmöglichkei-
845 ten für die lokale Wirtschaft nicht an Platzmangel scheitern.

846 **Investitionen in Zukunft:** Wir Freie Demokraten wollen auch in finanziell
847 schwierigen Zeiten in die Zukunft gerichtete Investitionen planmäßig tätigen. Da-
848 zu zählen für uns insbesondere Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infra-
849 struktur. Für Investitionen schlagen wir vor auch Öffentlich-private Partnerschaften
850 (ÖPP) ergebnisoffen zu prüfen. ÖPP Projekte sind für uns denkbar, wenn sie
851 demokratischen Prinzipien entsprechen und sich aus der Beteiligung Privater
852 auch langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der Ver-
853 einbarungen vorab zu prüfen. Schon jetzt ist der kommunale Investitionsstau
854 groß. Es ist unsere Ansicht, dass ein Aufschieben von wichtigen und notwendi-
855 gen Investitionen am Ende teurer und der nächsten Generation gegenüber nicht
856 gerecht wäre.

857 **Beteiligungen an Unternehmen:** Wir Freie Demokraten wollen das Manage-
858 ment der kommunalen Beteiligungen weiter professionalisieren. Wir treten dafür
859 ein, durch das konsequente Stärken betriebswirtschaftlicher Grundsätze und Me-
860 thoden – z.B. Controlling und Prozessoptimierung – die Effizienz in den Unter-
861 nehmen mit kommunaler Beteiligung zu erhöhen. Wir gehen davon aus, dass
862 dadurch Qualitätsverbesserungen ohne Kostensteigerungen oder Kostensenkun-
863 gen bei gleichbleibender Qualität in beträchtlichem Umfang erreicht werden kön-
864 nen.

865 **Transparenz von Gehältern von Geschäftsführern und Vorständen von öf-**
866 **fentlichen Unternehmen:** Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transpa-
867 renz bei den Vorstands- und Geschäftsführergehältern in kommunalen Beteili-
868 gungen ein. Für uns ist klar, dass die Gehälter leistungsbezogen sein sollen, also
869 auch variable Anteile enthalten müssen. Diese sollen aber ggf. auf langfristigen
870 und nicht kurzfristigen Erfolgen basieren und die Gehälter als Summe von Fixum
871 und variablen Anteilen sollten eine Obergrenze haben. Abfindungen und Versor-
872 gungsleistungen wollen wir begrenzen.

873 **6. Sicherheit und Ordnung**

874 **Freiheit und Sicherheit im öffentlichen Raum:** Wir Freie Demokraten stehen
875 dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sich im öffentlichen Raum frei und sicher
876 bewegen können. Der öffentliche Raum muss allen Menschen als Ort der Kom-
877 munikation und Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen. Der Schutz dieser Funk-
878 tionen ist eine Kernaufgabe des Staates, bei der sich auch die Kommunen auf
879 die Durchsetzung bestehender Rechtsregeln konzentrieren sollten. Überzogene
880 Verbote oder Nutzungsbeschränkungen durch kommunale Gefahrenabwehrsät-
881 zungen lehnen wir ab.

882 **Staatliche Präsenz an Kriminalitätsschwerpunkten statt flächendeckender**
883 **Videoüberwachung:** Wir Freie Demokraten fordern ein Recht auf Anonymität im
884 öffentlichen Raum und lehnen eine flächendeckende Videoüberwachung als tie-
885 fen Einschnitt in die Bürgerrechte ab. Die Überwachung einzelner Orte kann im
886 Einzelfall geboten sein, um Kriminalitätsschwerpunkten zu begegnen. Die physi-
887 sche Präsenz von Polizei und Ordnungsamt an Kriminalitätsschwerpunkten muss
888 ausgebaut werden, um Kriminalität zu verhindern. Sie trägt, insbesondere in
889 Form von Fuß- und Fahrradstreifen außerdem dazu bei, das subjektive Sicher-
890 heitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

891 **Kommunale Präventionsräte:** Wir Freie Demokraten wollen die Arbeit kommu-
892 naler Präventionsräte stärken. Durch das Miteinander aus kommunaler Verwal-
893 tung, Polizei und Justiz, Schulen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verei-
894 nen und sonstigen Einrichtungen können wertvolle Informationen zur Bekämp-
895 fung von Kriminalität, Vandalismus und Gewalt ausgetauscht werden.

896 **Wachsamkeit und Zivilcourage:** Wir Freie Demokraten setzen bei der Bekämp-
897 fung von Kriminalität auch auf die Wachsamkeit und Zivilcourage der Bürgerin-
898 nen und Bürger. Insbesondere im Bereich der Einbruchskriminalität und der Ver-
899 mögensdelikte zu Lasten älterer Menschen (so genannter Enkeltrick) konnten
900 durch Wachsamkeit und Zivilcourage in den vergangenen Jahren signifikante Er-
901 folge erzielt werden. Die Kommunen müssen die Zusammenarbeit zwischen Poli-
902 zei und Justiz einerseits sowie Bildungseinrichtungen, lokalen Medien und poten-
903 ziell betroffenen Unternehmen wie Banken und Sparkassen fördern, um aktive
904 Aufklärungsarbeit leisten zu können.

905 **Kommunaler Pakt gegen Extremismus und Radikalisierung:** Wir Freie Demo-
906 kraten empfinden kommunale Räume, aus denen Extremismus und Radikalisie-
907 rung die Sicherheit und das Zusammenleben in einer Kommunen gefährden, als
908 Problem für die gesamte Gesellschaft. Chancengerechtigkeit und gesellschaftli-
909 che Teilhabe tragen dazu bei, die Sicherheit in der Kommune als gemeinsame
910 Aufgabe zu begreifen. Wir wollen einen kommunalen Pakt für gegen Extremis-
911 mus und Radikalisierung, der alle relevanten Akteure zusammenbringt, um ge-
912 fährlichen Entwicklungen vorzubeugen.

913 **Stadtplanung und Sicherheit:** Wir Freie Demokraten fordern, dass polizeiliche
914 Erkenntnisse in die Bauleitplanung einfließen, um Kriminalität zu verhindern. Öff-
915 entliche Räume dürfen keine Angsträume sein. Beleuchtung, gepflegte Begrü-
916 nung sowie eine Anbindung an die Zentren leisten nachweislich einen Beitrag für
917 die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in Fußgängerunterfüh-
918 rungen, an Bahnsteigen sowie auf häufig genutzten Verbindungswegen. Saubere
919 Innenstädte entfalten eine positive Wirkung auf das Sicherheitsempfinden der
920 Bürgerinnen und Bürger.

921 **Sicherheit an Bahnhöfen:** Wir Freie Demokraten fordern eine aktive Vernetzung der unterschiedlichen Behörden, die für die Sicherheit an Bahnhöfen und den sie umgebenden Stadtteilen zuständig sind. Bundes- und Landespolizei sowie kommunale Behörden müssen sich bei der Weitergabe von Informationen über problematische Gruppen oder Personen aufeinander verlassen können und zu diesem Zweck einheitliche Ansprechpartner vorsehen.

927 **7. Ehrenamt, Sport und Feuerwehr**

928 **Tag des Ehrenamts:** Wir Freie Demokraten schlagen vor, dass mindestens alle zwei Jahre eine öffentliche Vereinsmesse organisiert wird. Auf der Vereinsmesse sollen alle Vereine und ehrenamtlichen Organisierten die Möglichkeit bekommen sich und ihre Tätigkeit vorzustellen sowie Mitglieder zu werben. Mit der Vereinsmesse wollen wir mehr Aufmerksamkeit für das breite Angebot an ehrenamtlichen Tätigkeiten generieren. Mit der Vereinsmesse wollen wir die ehrenamtlichen Organisationen auch in ihrer Mitgliedergewinnung unterstützen.

935 **Koordinierungsstelle Ehrenamt:** Wir Freie Demokraten setzen uns für die Gründung einer kommunalen Freiwilligenagentur ein. Alternativ schlagen wir die Einrichtung einer Stabsstelle Ehrenamt mit kommunalen Ehrenamtsbeauftragten vor. Die Stabsstelle soll zentrale Anlaufstelle für Fragen und Problemen sein, die sich bei der Ausübung eines Ehrenamts ergeben. Darunter fallen neben allen Fragen in der Zuständigkeit der Kommune zum Beispiel auch Fragen zu Fördermöglichkeiten, des Vereinsrechts oder des Datenschutzes. Auch soll die Stabsstellstelle bestehende Regelungen auf Bürokratieabbau und mögliche Entlastung überprüfen. Angepasst an die Arbeitszeiten berufstätiger Ehrenamtler soll die Stabsstelle auch außerhalb der regulären Verwaltungsöffnungszeiten erreichbar sein. Durch eine feste, zentrale Anlaufstelle für das Ehrenamt wollen wir die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit unterstützen, auf Anregungen eingehen und den Kontakt zur Verwaltung und Politik vereinfachen.

948 **Ehrenamtskarte:** Wir Freie Demokraten begrüßen das Projekt der Ehrenamtskarte. Ehrenamtliches Engagement ist essentiell für die Gesellschaft. Um dem Rückgang des Ehrenamts entgegenzuwirken, braucht es mehr Anreize. Wir schlagen vor, die Ehrenamtskarte zu entbürokratisieren und die Vergünstigungen nach Möglichkeit auszubauen – etwa mit Blick auf eine günstigere Nutzung des ÖPNV.

954 **Ratsarbeit für junge Eltern attraktiver machen:** Wir Freien Demokraten stellen fest, dass junge Familien in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert sind. Zwar sieht das Landesrecht vor, dass Kinderbetreuungskosten erstattet werden, dies ist aber mit bürokratischem Aufwand verbunden. Wir wollen in den Entschädigungssatzungen für Kommunalpolitikerinnen und -politiker regeln, dass Eltern

959 von Kindern bis zwölf Jahren eine Pauschale von 20,- € für jede Stunde erhal-
960 ten, die sie in den kommunalpolitischen Gremien verbringen.

961 **Vereinsarbeit an Schulen:** Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, Schu-
962 len und Vereine mit einem Runden Tisch besser zu vernetzen. Unser Ziel ist es
963 insbesondere den Ganztagsbereich so vielfältig wie möglich zu gestalten. Wir
964 wollen prüfen, inwieweit einzelne Kurse oder sogar Bestandteile der Grundausbil-
965 dung der Feuerwehr, des DRK, des THW im Rahmen von Projekten, als
966 Wahl(pflicht)fächer oder in Arbeitsgemeinschaften angeboten werden können.
967 Mit der Vernetzung von Schule und Verein möchten wir den Vereinen eine weite-
968 re Werbe-Möglichkeit für ihr Angebot geben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass
969 Schülerinnen und Schüler immer mehr Zeit in der Schule verbringen und dies mit
970 dem Vereinsangebot in zeitlicher Konkurrenz stehen kann. Mit Angeboten von
971 Vereinen im Rahmen von Ganztagsschulprogrammen wollen wir dies künftig ver-
972 meiden und von dem vielfältigen Angebot der Vereine profitieren.

973 **Bürger-Sportanlagen:** Wir Freie Demokraten wollen, dass Vereine über moder-
974 ne und funktionierende Sportstätten verfügen. Die in die Jahre gekommenen
975 Sportstätten möchten wir sanieren und zu Bürger-Sportanlagen weiterentwickeln.
976 Die Sportanlagen sollen dem Vereinssport und dem Schulsport Rechnung tragen,
977 aber auch für jede Person zur sportlichen Betätigung zur Verfügung stehen und
978 über Spielfelder für diverse Sportarten verfügen. Mit der Möglichkeit zur Nutzung
979 von Sportstätten neben dem Schul- und Vereinssport für den Freizeit- und Indivi-
980 dualsport möchten wir mehr Bürgerinnen und Bürger für sportliche Aktivitäten be-
981 geistern. Wir erhoffen uns eine sportliche Begegnungsstätte für alle Bürgerinnen
982 und Bürger.

983 **Digitales Verzeichnis an Sportstätten:** Wir Freie Demokraten setzen und für
984 ein digitales Verzeichnis aller örtlichen Sportstätten ein. Mit einem digitalen Ver-
985 zeichnis wollen wir schnell und unkompliziert über das breite Angebot informie-
986 ren und die Nutzung anregen.

987 **Seminare für Ehrenamtler:** Wir Freien Demokraten schlagen vor in den örtli-
988 chen Bildungseinrichtungen darauf hinzuwirken mehr Fortbildungsangebote für
989 Ehrenamtliche anzubieten. Dabei schlagen wir ein breites Angebot vor, welches
990 sowohl neue Aktive wie auch bereits Erfahrenen einen Mehrwert liefert. Mit den
991 Fortbildungsangeboten wollen wir die aktiven Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit un-
992 terstützen und ihnen helfen diese rechtssicher und professionell auszuüben. Da-
993 neben sollen die Fortbildungsangebote auch künftigen Aktiven die Sorge vor den
994 Herausforderungen im Ehrenamt nehmen.

995 **Vereine bei integrativen Ambitionen unterstützen:** Vielen Vereinen fehlt es
996 nicht an Ideen zur Integration, sondern an den Mitteln hierfür. Sprachbarrieren
997 oder bauliche Vorgaben lassen sich mit den Mitteln der Vereine nicht überbrü-

998 cken. Hier muss es seitens der Kommunen aktive und finanzielle Unterstützung
999 geben. Beispielsweise setzen sich die Freien Demokraten für einen kommunalen
1000 Dolmetscher Service ein, bei dem die Kommunen die Organisation des Zugangs
1001 zu ehrenamtlichen Übersetzern leisten und eine Art Vermittlungsdienst unterhal-
1002 ten.

1003 **8. Soziales und Gesundheit**

1004 **Stärkung der Gesundheitsämter:** Wir Freie Demokraten danken den Mitarbeite-
1005 rinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern vor Ort, die seit Beginn der Co-
1006 rona-Pandemie hervorragende Arbeit leisten. Doch die derzeitige Krise hat auch
1007 die Schwächen unseres öffentlichen Gesundheitsdienstes offenbart. Lange wur-
1008 de Personal abgebaut. Zudem wurden wichtige Investitionen in die Digitalisie-
1009 rung vernachlässigt. Es ist nicht hinnehmbar, dass manche Meldewege in
1010 Deutschland noch immer vom Fax abhängig sind. Für uns steht fest: Die Ge-
1011 sundheitsämter vor Ort verdienen die Ausstattung, die sie für die Erfüllung ihres
1012 Auftrages benötigen. Wir wollen unsere Gesundheitsämter personell stärken und
1013 technisch endlich ins 21. Jahrhundert holen. Die von Bund und Land bereitge-
1014 stellten Mittel müssen schnellstmöglich vor Ort zum Einsatz kommen. Wir fordern
1015 personelle Unterstützung der Gesundheitsämter beim Umstieg auf eine einheitli-
1016 che Software.

1017 **Ärztliche Versorgung vor Ort:** Wir Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein,
1018 dass die ärztliche und psychotherapeutische Versorgung vor Ort auch den tat-
1019 sächlichen Bedürfnissen entspricht. Insbesondere in den ländlichen Regionen
1020 Niedersachsens fehlen leider viel zu häufig Fachärztinnen und -ärzte. Doch gera-
1021 de junge Familien werden von einem Umzug aufs Land abgeschreckt, wenn die
1022 Fahrt zum nächsten Kinderarzt mit freien Termin über eine Stunde dauert. Und
1023 für Menschen mit Beeinträchtigungen sind lange Wege zum Arzt oft kaum zu
1024 schaffen. Kommunale Stipendien für Studierende und aktive Ansiedlungshilfen
1025 für approbierte Medizinerinnen und Mediziner können helfen das kommunale An-
1026 gebot zu verbessern.

1027 **Selbständigkeit von Hebammen:** Wir Freie Demokraten unterstützen und för-
1028 dern die Selbständigkeit von Hebammen und die Gründung von Geburtshäusern.
1029 Eine normale Schwangerschaft, eine normale Geburt und junge Familien können
1030 wirkungsvoll von Hebammen begleitet werden. Geburtshäuser erweitern die
1031 Wahlmöglichkeiten für die werdenden Mütter und Väter, können gerade im Hin-
1032 blick auf die immer häufigere Zentralisierung von Krankenhäusern einen ent-
1033 scheidenden Mehrwert liefern.

1034 **Frauenhäuser und Männerwohnhilfe:** Wir Freie Demokraten begreifen Frauen-
1035 häuser als unentbehrliche Einrichtungen. Sie werden zu Recht mit öffentlichen
1036 Mitteln gefördert. Aber auch Männer können in akute Not geraten, wenn sie z. B.

1037 nach einem eskalierten Partnerschaftsstreit plötzlich ihre Wohnung verlassen
1038 müssen. Nicht jeder hat die Möglichkeit, dann schnell in einem Hotel oder bei
1039 Freunden wohnen zu können. Es kommt vor, dass ein Mann plötzlich mit „nichts“
1040 auf der Straße steht. Eine kleine Wohnung für einen begrenzten Zeitraum, ver-
1041 bunden mit einem Beratungsangebot, kann helfen, zur Ruhe zu kommen und
1042 das Leben neu zu ordnen. Wir möchten neben dem Ausbau von Frauenhäusern
1043 auch solche Hilfsangebote finanziell unterstützen.

1044 **Ambulante Pflege:** Wir Freie Demokraten begreifen es als selbstverständlich,
1045 dass alle Menschen so lange in ihren eigenen vier Wänden leben können, wie
1046 sie dies möchten. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der ambulanten
1047 Pflege ein. Für uns gehört zu einem würdevollen und selbstbestimmten Altern,
1048 dass niemand nur wegen seines Alters in eine Altenpflegeeinrichtung umziehen
1049 muss. Wir wollen auch die Menschen unterstützen, die ihre Angehörigen selbst
1050 pflegen. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ muss auf allen staatlichen Ebe-
1051 nen konsequent verfolgt werden, angefangen beim SGB XI auf Bundesebene bis
1052 hin zur Unterstützung der ambulanten Pflegedienste vor Ort, etwa durch die kos-
1053 tenlose Bereitstellung besonderer Parkberechtigungen für ambulante Pflege-
1054 dienste.

1055 **Mehrgenerationenhäuser:** Wir Freie Demokraten finden, dass zu einem würde-
1056 vollen Lebensabend die Möglichkeit des Zusammenkommens mit anderen Men-
1057 schen gehört. Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt in unserer
1058 Gesellschaft und sind aus viele Kommunen nicht mehr wegzudenken. Jung und
1059 Alt unterstützen sich gemeinsam und lernen voneinander. Zudem sind Mehrgene-
1060 rationenhäuser auch Orte des Ehrenamtes. Die FDP hat auf Bundesebene eine
1061 bessere Förderung der Mehrgenerationenhäuser erreicht. Wir setzen uns dafür
1062 ein, diese Chance vor Ort zu nutzen und die Gründung neuer Mehrgenerationen-
1063 häuser zu prüfen und wo möglich auch umzusetzen.

1064 **Vielfalt kommunaler Beratungsangebote:** Wir Freie Demokraten treten in un-
1065 serer liberalen Sozialpolitik für eine Vielfalt der Träger ein. Die Beratungsangebo-
1066 te müssen flexibel am örtlichen Bedarf ausgerichtet werden können und für alle
1067 Betroffenen erreichbar sein und deren Finanzierung muss sichergestellt werden.
1068 In den Kommunen finden sich die Beratungsstellen für die Lebenssituationen, in
1069 denen Hilfe und Beratung oft überlebenswichtig ist. Dazu gehören etwa Jugend-
1070 und Familienberatung, Seniorenservicebüros, Drogen- und Suchtberatung,
1071 Schuldnerberatung und Seelsorge.

1072 **Eingliederungshilfe – selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinde-**
1073 **rungen:** Wir Freie Demokraten setzen wir uns für eine Stärkung des Selbstbe-
1074 stimmungsrechtes im täglichen Leben ein. Hierzu gehört unter anderem, dass
1075 Menschen mit Behinderungen in individuellen Wohnformen leben können. Für

1076 uns steht fest: Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftli-
1077 chen Leben muss weiter gestärkt werden. Es sind die Kommunen, die zahlreiche
1078 Leistungen der Eingliederungshilfe erbringen. Das Land als Träger der Eingliede-
1079 rungshilfe muss die Kommunen dafür ausreichend finanziell ausstatten.

1080 **Barrierefreiheit:** Wir Freie Demokraten sehen das Selbstbestimmungsrecht je-
1081 des Menschen gerade im kommunalen Bereich als eine wichtige Orientierung.
1082 Dazu gehören der barrierefreie Ausbau der öffentlichen Wege und Plätze, von
1083 Bussen und Straßenbahnen, die barrierefreie Gestaltung digitaler Verwaltungsan-
1084 gebote und nicht zuletzt die Bereitstellung bzw. Ausweisung von Bauland für be-
1085 sondere Wohnformen. Die vielfältigen Herausforderungen zur Herstellung eines
1086 möglichst barrierefreien kommunalen Raums können besser bewältigt werden,
1087 wenn Rat und Verwaltung hierzu sachverständig beraten sind. Inklusionsbeauftra-
1088 ge oder Inklusionsbeiräte in der Kommune können schon im unterstützten Ehren-
1089 amt wertvolle Hilfe sein. Die bevorzugte Berücksichtigung Betroffener ist dabei
1090 für uns selbstverständlich.

1091 9. Kultur

1092 **Kulturelle Experimentierräume schaffen:** Wir Freie Demokraten fordern mehr
1093 konzeptionelle Gesamtstrategien für die Wahrnehmung und Präsentation von
1094 Kultur im öffentlichen Raum, etwa durch Kunstinstallationen an ungewöhnlichen
1095 Orten, die unbürokratische Einrichtung von Ausstellungen in leerstehenden Ge-
1096 bäuden und die Schaffung von kulturellen Freiräumen an öffentlichen Plätzen.
1097 Kulturelle Bildung findet auch außerhalb der gewohnten Einrichtungen statt. Kul-
1098 tur-Freiräume ermöglichen den Kultur- und Kreativschaffenden eine zusätzliche
1099 Bühne und sie bilden für die Bürgerinnen und Bürger Räume des Austausches,
1100 des sozialen Miteinanders, der Orientierung, der polarisierenden Auseinanderset-
1101 zung und des Nachdenkens.

1102 **Kultur ist für alle da:** Wir Freie Demokraten fordern, dass öffentlich geförderte
1103 Kultureinrichtungen für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren grundsätzlich kos-
1104 tenfrei sind. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen sollten ferner ein gewisses
1105 Kartenkontingent für Auszubildende, Studierende und Erwerbslose zu deutlich re-
1106 duzierten Preisen anbieten. Die Kunsterziehung und ein frühes Heranführen an
1107 kulturelle Orte fördern das Kulturbewusstsein und sind langfristig auch ein Vorteil
1108 für die Kultureinrichtungen selbst.

1109 **Kulturförderrichtlinie:** Wir Freie Demokraten fordern transparente und nachvoll-
1110 ziehbare Richtlinien zur Förderung der regionalen Kultureinrichtungen und Kultur-
1111 schaffenden. Die kommunalen Fördermittel sind begrenzt, während der Bedarf
1112 und die Notwendigkeit an Unterstützung in der Kultur- und Kreativszene wächst.
1113 Hierfür bedarf es einheitlicher Kriterien. Im Rahmen eines partizipativen Verfah-
1114 rens müssen Ziel und Bedingungen der Kulturförderung neu diskutiert werden.

1115 Freiwillige Leistungen dürfen nicht nur nach dem Gewohnheitsprinzip vergeben
1116 werden und sie müssen Kultureinrichtungen ebenso berücksichtigen wie die Kul-
1117 turschaffenden selbst.

1118 **Kommunales Kulturticket:** Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines
1119 kommunalen Kulturtickets, das die jeweiligen Kultureinrichtungen der Region be-
1120 kannter macht und Ermäßigungen in verschiedenen Kultureinrichtungen bündelt.
1121 Kunst und Kultur sind nicht nur große Wirtschaftsfaktoren. Sie machen auch aus,
1122 wie lebenswert eine Kommune ist. Wir stehen für eine breitgefächerte und aus-
1123 drucksstarke Kultur in urbanen und ländlichen Räumen. Die Vielfalt kultureller
1124 Angebote kann durch ein kommunales Kulturticket bekannter gemacht und tem-
1125 poräre Aktionen können digital beworben werden.

1126 **Verbesserung der digitalen Infrastruktur für die Kulturszene:** Wir Freie De-
1127 mokraten fordern eine Verstärkung des digitalen Rückgrats der Kulturszene, bei-
1128 spielsweise durch die Entwicklung und Bereitstellung einer digitalen Abrech-
1129 nungs- und Spendenplattform, Zugänge zu geeigneter Software und die kurzfris-
1130 tige Förderung digitaler Ausstattungen. Kultur ist ein wesentlicher Impulsgeber
1131 für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaftsform. Das Innovationspoten-
1132 tial der Kulturszene muss von politischer Seite verstärkt werden. Digitale Abrech-
1133 nungs- und Spendenplattformen sowie die Förderung bei der digitalen Ausstat-
1134 tung unterstützen Kultureinrichtungen und Kulturschaffende bei der Digitalisierung
1135 ihrer Angebote und Vertriebswege.

1136 **Schulische Erinnerungskultur pflegen:** Wir Freie Demokraten setzen uns für
1137 neue Konzepte schulischer Erinnerungskultur, etwa über die Instandhaltung von
1138 Stolpersteinen ein. Mit wachsender zeitlicher Distanz zur NS-Zeit wird es in
1139 Schulen bald nicht mehr möglich sein Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Unter-
1140 richt zu erleben. Neben Besuchen von Konzentrationslagern und Gedenkstätten
1141 sollen Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts durch die aktive
1142 Pflege von Stolpersteinen die lokale Geschichte und die persönlichen Schicksale
1143 von Mitgliedern der eigenen Heimatgemeinde vermittelt und greifbar gemacht
1144 werden.

1145 **Spontanpartys legalisieren:** Wir Freie Demokraten möchten für kleine Kultur-
1146 veranstaltungen, wie z.B. Musik- und Tanzveranstaltungen, eine Spontananmel-
1147 dung einführen. Auf von der Kommune ausgewiesenen Freiflächen soll für
1148 nicht-kommerzielle Veranstaltungen, zu denen weniger als 500 Teilnehmer erwar-
1149 tet werden, eine Anmeldung über ein Onlineformular bis zu 24 Stunden vorher
1150 ausreichen. Kultur lebt von Spontanität und Agilität. Dem möchten wir mit der
1151 Möglichkeit einer Spontananmeldung Rechnung tragen und etwa Pop-up Konzer-
1152 te oder Raves ermöglichen, wenn diese eine Höchstlautstärke nicht übersteigen.

1153 **Aufruf zur Unterstützung von internationalen Städtepartnerschaften:** Wir
1154 Freie Demokraten wollen in unseren Kommunen ein Zeichen für Freiheit und
1155 Menschenrechte setzen. Wir setzen uns deshalb in den niedersächsischen Kom-
1156 munen für Partnerschaften mit Städten ein, die unseren Beistand in ihrem Streit
1157 für Freiheit und Menschenrechte brauchen. Städtepartnerschaften stärken neben
1158 den gesellschaftlichen auch die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwi-
1159 schen den Staaten. Aktuell besonders hervorzuheben sind hier Taiwan sowie die
1160 Ukraine und Belarus. Die niedersächsischen Kommunen könnten in diesem Be-
1161 reich mehr zivilgesellschaftliches Engagement zeigen und ihre Solidarität mit
1162 Partnerstädten und weltweiten Demokratiebewegungen bekunden, zum Beispiel
1163 durch eine Sonderbeflaggung an historisch bedeutenden Tagen.

1164 **Kultur auch im Dezernatszuschnitt abbilden:** Wir Freie Demokraten fordern,
1165 dass die gesellschaftliche Bedeutung der Kultur auch im kommunalen Dezernats-
1166 zuschnitt angemessen gewürdigt wird. Dies bedingt insgesamt eine Neustruktu-
1167 rierung und kritische Auseinandersetzung der bisherigen Dezernatszuschnitte.
1168 Kultur braucht eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner, die bzw. der
1169 sie nach außen innovativ und engagiert vertritt und die kooperative Synergie, et-
1170 wa mit den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft, untereinander fördert. Durch
1171 die Zusammenführung mehrerer verwandter Verwaltungsbereiche wird eine Neu-
1172 ausrichtung bisheriger Verwaltungsstrukturen erreicht, die aufgrund einer engeren
1173 Verzahnung eine verbesserte kulturpolitische Steuerung ermöglicht.

1174 **Digitalisierungsoffensive der Kulturinstitutionen unterstützen:** Wir Freie De-
1175 mokraten wollen auf kommunaler Ebene unsere kulturellen Institutionen ertüchti-
1176 gen, den eingeschlagenen Weg der Digitalisierungsoffensive konsequent fortzu-
1177 setzen. Dies bedeutet finanzielle und logistische Unterstützung seitens der Kom-
1178 mune zur Umsetzung der Digitalisierung und Zugänglichmachung von Bestän-
1179 den, Ausstellungen und wo möglich auch Veranstaltungen. Museen, Bibliotheken
1180 und Archive sind ein wichtiger Anlaufpunkt für Wissenschaftlerinnen und Wis-
1181 senschaftler, Kulturschaffende und interessierte Bürgerinnen und Bürger. Der Zu-
1182 gang wird derzeit verwehrt oder ist nur eingeschränkt möglich. Bestände, Aus-
1183 stellungen und Veranstaltungsformate der Öffentlichkeit digital zugänglich zu ma-
1184 chen würde auch für die Zukunft den Nutzen der Institutionen mehren.

1185 **Kultur nicht dem Rotstift opfern:** Wir Freie Demokraten setzen uns gerade in
1186 finanzschwächeren Kommunen für eine zielgerichtete Stärkung und Förderung
1187 des kulturellen Angebots ein. Kultur ist in finanzschwachen Kommunen oder bei
1188 haushälterischen Defiziten als freiwillige Leistung häufig als erstes dem Rotstift
1189 unterworfen. Das Sparen an Mitteln für Kultur beschleunigt aber oft genug nur
1190 noch den Abwärtstrend der Kommune.

1191 **Stadtgeschichte digital zum Leben erwecken:** Wir Freie Demokraten möchten
1192 wichtige Erinnerungsorte digital erfahrbar machen. QR-Codes oder über das
1193 städtische WLAN abrufbare Inhalte an historischen Plätzen und Gebäuden sollen
1194 Besucherinnen und Besuchern wie Bewohnerinnen und Bewohnern Stadtge-
1195 schichte näherbringen. Kooperationen von Stadt, Museen und Hochschulen wä-
1196 ren für den Start denkbar. Groß- und Mittelstädte sind einem stetigen Wandel un-
1197 terworfen. Wir möchten bei aller Offenheit im Städtebau und Bekenntnis zum
1198 Fortschritt die historische Identität unserer Städte so gut es geht bewahren und
1199 pflegen.

1200 **Niederdeutsche Sprache auch außerhalb der Schulen fördern:** Wir Freie De-
1201 mokraten wollen das Niederdeutsche und Saterfriesische in Niedersachsen för-
1202 dern. Vor allem in den Städten fehlt dieses Engagement weitestgehend. Wir
1203 Freie Demokraten wollen unsere niederdeutsche Sprache im öffentlichen Raum
1204 bestmöglich fördern. Sprache ist das vielleicht wichtigste Element der Kultur und
1205 der eigenen Identität. Niedersachsen verfügt über eine einzigartige Sprachvielfalt,
1206 die es auch über die Räume der Schule hinaus zu pflegen und fördern gilt.

1207 **Integration und Kultur:** Wir Freie Demokraten setzen uns für die Förderung in-
1208 tegrativer Kulturprojekte ein. Integration geschieht über ein gegenseitiges Ken-
1209 nenlernen. Kulturfeste können hierbei nachhaltig für Interesse und Verständnis
1210 sorgen.

1211 **Kultur als Standortfaktor:** Wir Freie Demokraten verstehen Kultur als ein ele-
1212 mentares menschliches Grundbedürfnis. Ein breites kulturelles Angebot steigert
1213 die Attraktivität des Standorts immens und macht sich in vielerlei Hinsicht für die
1214 Kommune bezahlt. Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen erzeugen stets
1215 eine Strahlkraft, die z.T. weit über die Kommune hinaus reicht und einen Mehr-
1216 wert für Kommune, Bürgerinnen und Bürger, Touristen und Umland schaffen
1217 kann.

1218 **Kulturelle Bildung:** Wir Freie Demokraten erachten kulturelle Bildung als wichti-
1219 ge Aufgabe. Gerade vor dem Hintergrund der in Schule häufig nur noch rudi-
1220 mentär vermittelten Grundkenntnissen zur bildenden Kunst, Musik und Kultur,
1221 sollten es sich die Kommunen zur Aufgabe machen, Angebote zur kulturellen
1222 Bildung auszubauen.

1223 **10. Landwirtschaft, Waldbau und Jagd**

1224 **Landwirtschaft und Waldbau wertschätzen:** Wir Freie Demokraten schätzen
1225 die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte sowie der Waldbäuerinnen und -bau-
1226 ern. Von überbordender Bürokratie sowie unnötigen Gesetzen und Verordnungen
1227 wollen wir sie befreien. Damit die Landwirtschaft und Forstwirtschaft in Deutsch-
1228 land eine Zukunft haben, setzen wir uns für Planungssicherheit für die Betriebe

1229 ein. Unsere Landwirtinnen und Landwirte produzieren zu höchsten Umwelt- und
1230 Tierwohlstandards. Sie sorgen dafür, dass Verbrauchern eine riesige Auswahl
1231 hochwertiger Nahrungsmittel auf Wochen- oder in Supermärkten und im Direkt-
1232 vertrieb zur Verfügung steht. Sie wollen ihre Betriebe an die kommende Genera-
1233 tion weitergeben. Die natürlichen Ressourcen behandeln sie deshalb aus eige-
1234 nem Antrieb mit größter Sorgfalt. Unsere Waldbäuerinnen und -bauern wirtschaf-
1235 ten im Gleichklang mit Ökonomie, Ökologie und Sozialverpflichtung für den Er-
1236 halt unserer vielfältigen Wälder. Sie produzieren ein hochwertigen und den einzi-
1237 gen erneuerbaren regionalen Rohstoff. Dabei tragen sie einen wertvollen Beitrag
1238 zur CO2-Bindung, Trinkwasserschutz und Erholungskultur in Deutschland bei.
1239 Die Landwirtschaft und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Wert-
1240 schöpfungsketten sind der wichtigste Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.

1241 **Insekten zielorientiert schützen:** Wir Freie Demokraten setzen uns für die Viel-
1242 falt und den Bestand der Insekten ein. Es muss klar sein, was geschützt werden
1243 soll. Politik in Bund und Land hat hierfür bisher keine Grundlage geschaffen. Wir-
1244 kungsvolle Maßnahmen setzen wir im Rahmen des Vertragsnaturschutzes um.
1245 Pflanzenschutzmaßnahmen, die unbedenklich für Insekten sind, sollen Landwirte
1246 ausführen können. Ob eine große Insektenbiomasse oder eine große biologische
1247 Vielfalt erreicht werden soll, ist ein Unterschied. Alle Ursache-Wirkungs-Pfade,
1248 die den Zustand der Insekten in ländlichen und städtischen Räumen beeinflus-
1249 senden, müssen berücksichtigt werden. Wissen darüber fehlt bisher. Deshalb
1250 brauchen wir Forschung, bevor großflächig Maßnahmen umgesetzt werden. Be-
1251 stehende erfolgreiche Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz
1252 müssen berücksichtigt werden. Eine Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen
1253 liefert wichtige Erkenntnisse für Verbesserungen.

1254 **Jägerinnen und Jäger als Naturschützerinnen und -schützer anerkennen –**
1255 **Schäden durch den Wolf verhindern:** Wir Freie Demokraten wollen eine
1256 selbstbestimmte und eigenverantwortliche Jagd. Ein modernes Wildtiermanage-
1257 ment ermöglicht dabei die Bejagung von Wolf, Kormoran und Biber. Insbesonde-
1258 re der stetig wachsende Bestand des Wolfes und der Nutria müssen wirksam re-
1259 guliert werden. Jäger sind aktive und staatlich geprüfte Naturschützer und han-
1260 deln eigenverantwortlich. Zur Seuchenprävention und Wildschadenminimierung
1261 ist die Jagd unerlässlich. Dazu brauchen wir Tradition und neue geeignete Hilfs-
1262 mittel wie Schalldämpfer und Nachtzielgeräte. Weidetierhaltung ist gelebter Na-
1263 turschutz und verdient eine Zukunft. Dafür ist ein aktives Bestandsmanagement
1264 des Wolfes notwendig. Als Grundlage werden regional verkräftbare Wolfsbe-
1265 standsdichten festgelegt. Wölfe, die Zäune überwinden, müssen ohne bürokrati-
1266 sches Antragsverfahren entnommen werden.

1267 **Nachhaltige Forstwirtschaft sichern:** Wir Freie Demokraten stehen zu dem
1268 Selbstverständnis in der Waldbäuerinnen und -bauern: „Schützen durch Nützen“.

1269 Nachhaltige Forstwirtschaft ist die bestehende Gesetzesgrundlage nach der die
1270 gute fachliche Praxis angewendet wird. Wir unterstützen den klimaresilienten
1271 Waldbau im Rahmen der wissenschaftlichen Erkenntnisse, beispielhaft an der
1272 Verwendung der Baumarten Douglasie und Roteiche. Vielfalt im Waldumbau si-
1273 chert zukünftige Erkenntnisse und erhält den Wald für die nächsten Generatio-
1274 nen. Der Wald hat vielfältige Funktionen als Lebens- und Erholungsraum, Treib-
1275 hausgassenke und Rohstofflieferant für eine moderne und innovative Holzwirt-
1276 schaft. Die Holzwirtschaft sichert wichtige Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Nur
1277 wenn Bäume gepflanzt und geerntet werden, kann auch der CO₂-Speicher Wald
1278 bestmöglich funktionieren. Dafür müssen die Waldeigentümer den Wald eigen-
1279 verantwortlichen bewirtschaften. Bei zusätzlichem Naturschutz setzen wir auf den
1280 Vertragsnaturschutz.

1281 **Moorschutz im Konsens verwirklichen:** Wir Freie Demokraten fordern beim
1282 Moorschutz eine echte Kooperation mit den Betroffenen. Naturschutzfachlich
1283 sinnvolle Maßnahmen müssen auf freiwilliger Basis im Rahmen des Vertragsna-
1284 turschutzes umgesetzt werden. Enteignungen durch die Hintertür sind ausge-
1285 schlossen. Flächen der öffentlichen Hand sind vorrangig für die Vernässung zu
1286 nutzen. Eine Auswirkung auf umliegende private Flächen ist zu prüfen. Eine
1287 schlagkräftige landwirtschaftliche Produktion ausdrücklich auch auf den Moor-
1288 standorten trägt zur Versorgung mit heimischen Lebensmitteln bei. Moore wur-
1289 den über Generationen kultiviert. Das hart erarbeitete Eigentum gilt es zu schüt-
1290 zen. Dies sichert viele landwirtschaftliche Betriebe und damit die Lebensgrundla-
1291 ge der sie bewirtschaftenden Familien. Bei der Umsetzung von Naturschutzpro-
1292 jekten stellen wir die vollständige Funktionsfähigkeit des Entwässerungssystems
1293 umliegender landwirtschaftlicher Flächen sicher.

1294 **Fortschritt der Landwirtschaft durch Bau ermöglichen:** Wir Freie Demokraten
1295 ermöglichen die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe durch den Bau. Dazu
1296 gehört der Umbau und Neubau von Ställen. Bauanträge müssen genehmigt wer-
1297 den, wenn die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. Schutzgebietsauswei-
1298 sungen dürfen für privilegiertes Bauen kein Hindernis sein. Die Errichtung von
1299 Ställen ist Voraussetzung für mehr Tierwohl und die wirtschaftliche Entwicklung
1300 landwirtschaftlicher Betriebe. Denn die Umsetzung von Tierwohlkonzepten benö-
1301 tigt Platz. Moderne Ställe in Deutschland bieten die besten Haltungsbedingungen
1302 für Tiere weltweit. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirte sind die Basis für zu-
1303 kunftsfähige Betriebe von morgen. Von Bauprojekten in der Landwirtschaft profi-
1304 tiert der gesamte ländliche Raum durch Wertschöpfung vor Ort. Jede Investition
1305 in einen modernen Stall ist ein Gewinn für das Tierwohl und für die ländlichen
1306 Räume.

1307 **Naturschutz mit den Nutzern umsetzen:** Wir Freie Demokraten wollen die Um-
1308 setzung der europäischen Naturschutzziele gemeinsam mit den Grundeigentü-

1309 mern und Naturnutzern wie Landwirten, Waldbewirtschaftern, Jägern und Ang-
1310 lern gestalten. Vertragsnaturschutz ist dafür das Mittel der Wahl. Einschränkun-
1311 gen der Bewirtschaftung lehnen wir ab. Die Auswahl von Wäldern und landwirt-
1312 schaftlichen Flächen für Natura-2000-Gebiete zeigt, dass die Bewirtschafter über
1313 viele Generationen beim Naturschutz gute Arbeit geleistet haben. Die eigenver-
1314 antwortliche Verfügung über das Eigentum hat zu diesen guten Ergebnissen ge-
1315 führt. Deshalb müssen Eigentümer- und Nutzerrechte geschützt werden. Dies ge-
1316 lingt durch die Kombination eines angemessenen Grundschutzes sowie freiwilli-
1317 gen Vertragsnaturschutzmaßnahmen. Auch bei Kompensationsflächen etwa für
1318 den Straßenbau setzen wir auf Vertragsnaturschutz.

1319 **Angeln als gelebten Naturschutz unterstützen:** Wir Freie Demokraten sehen
1320 Anglerinnen und Angler als Partnerinnen und Partner beim Naturschutz. Fische
1321 aus heimischen Gewässern sind ein gesundes und nachhaltiges Nahrungsmittel.
1322 Pauschale Angelverbote lehnen wir ab. Wir ermöglichen den Anglerinnen und
1323 Anglern die Zufahrt zu den Gewässern über eingeschränkt befahrbare Wege.
1324 Sie führen Besatzmaßnahmen durch, pflegen die Ufer, halten die Gewässer sau-
1325 ber und renaturieren sie. Viele Gewässer wären ohne sie in einem weit schlech-
1326 teren Zustand als das heute der Fall ist. Angelvereine und ihre Mitglieder leisten
1327 damit Erhebliches für den angewandten Naturschutz. Sie erbringen dafür einen
1328 hohen persönlichen Aufwand. Das Angeln ist ein ganz praktischer Weg, großen
1329 Teilen der Bevölkerung ein vertieftes Verständnis und Erleben von Prinzipien der
1330 Nachhaltigkeit im Umgang mit Natur und natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.

1331 **Pflege und Beweidung von regionstypischen Landschaften fördern und un-**
1332 **terstützen:** Freie Demokraten sind überzeugt, dass Naturschutz und Naturnut-
1333 zung zwei Seiten derselben Medaille sind. Wenn durch die Bewirtschaftung von
1334 Flächen Ziele des Naturschutzes erreicht werden, dürfen keine zukünftigen Nut-
1335 zungseinschränkungen auferlegt werden. Wir setzen uns für pragmatischen Na-
1336 turschutz unter Einbeziehung freiwilliger Leistungen ein. Freiwilliger Naturschutz
1337 muss einen höheren Stellenwert in der Bewertung einnehmen.

1338 **III. Corona-Sofortprogramm für Kommunen und Kreise**

1339 **Sicherer Schulbesuch in Corona-Zeiten:** Wir Freie Demokraten wollen Kindern
1340 und Jugendlichen auch während der Pandemie einen Zugang zum Bildungs-
1341 und Betreuungssystem ermöglichen. Dies ist auch ein Gebot der Chancenge-
1342 rechtigkeit. Dazu müssen Schulen flächendeckend mit Luftfiltern und Schnell-
1343 test-Möglichkeiten ausgestattet werden. Auch die Möglichkeiten für Selbsttests
1344 müssen ausgedehnt werden.

1345 **Lernbuddies:** Wir Freie Demokraten wollen Kindern bestmöglich durch die Corona-
1346 Zeit helfen. Die Familien und Lehrkräfte leisten im Moment Großartiges. Je-
1347 doch können viele Kinder zwischen Homeoffice und Homeschooling nicht optimal

1348 unterstützt werden. Auf der anderen Seite gibt es viele Studierende, die ihrem
1349 Nebenjob, z.B. in der Gastronomie nicht nachgehen können. Wir wollen, dass
1350 diese Studierenden die Möglichkeit bekommen, Lehrkräfte und Schülerinnen und
1351 Schüler tatkräftig unterstützen zu können. So können die Studierenden als Lern-
1352 buddies die Schülerinnen und Schüler individuell dabei unterstützen, den wichti-
1353 gen Lern- und Prüfungsstoff aufzuholen. Bei der Vermittlung von Studierenden
1354 und auch Auszubildenden, die derzeit in Kurzarbeit sind, können die Kommunen
1355 vor Ort schnell und unbürokratisch helfen. Wir wollen erreichen, dass Bund und
1356 Länder dieses Programm aufsetzen und die Studierenden hieraus bezahlen, da-
1357 mit die Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geldbeutel der Eltern unter-
1358 stützt werden können.

1359 **Bildungsferien:** Wir Freien Demokraten setzen uns für kommunale Sommer-
1360 schulen nach dem Vorbild der Stadt Hannover ein. In Kooperation mit Studieren-
1361 den wollen wir ein freiwilliges Angebot für Schülerinnen und Schülern in den
1362 Sommerferien schaffen, mit welchem durch die Corona Pandemie entstanden
1363 Lernrückstände in Kleingruppen individuell aufgearbeitet werden können. Die
1364 Sommerschule nicht nur das Lernen, sondern auch Freizeitaktivitäten wie Ausflü-
1365 ge und Projekte beinhalten.

1366 **Innenstädte in Corona-Zeiten:** Wir Freie Demokraten wollen auch nach der
1367 Pandemie lebenswerte Innenstädte in unseren Kommunen. Soweit Öffnungen
1368 nach der Verordnungslage auf Landesebene möglich sind, müssen die Kommu-
1369 nen den örtlichen Einzelhandel und die Gastronomie unterstützen. Kommunale
1370 Einkaufs- und Gutscheinkarten-Modelle sollen auch angesichts der Pandemie
1371 weitergeführt werden. Parkgebühren sowie Gebühren für Schank- und Sonder-
1372 nutzungserlaubnisse und flächenmäßige Begrenzungen für die Außengastrono-
1373 mie sollen ausgesetzt werden.

1374 **Kommunaler Pakt für Vereine:** Wir Freie Demokraten wollen die Vereine ange-
1375 sichts der Pandemie unterstützen. Um eine Schwächung des Ehrenamts, etwa
1376 durch Austritte, zu verhindern, müssen die örtlichen Vereine im Rahmen der
1377 nach der Verordnungslage auf Landesebene möglichen Öffnungen bei der Auf-
1378 rechterhaltung ihres Angebots unterstützt werden. Dazu soll die Kommune auf
1379 Gebühren für die Nutzung kommunaler Hallen verzichten und gleichzeitig die
1380 Nutzung kommunaler Einrichtungen ermöglichen.

1381 **Informationen zum Umgang mit Covid-19:** Informationen zur Vermeidung von
1382 Infektionen und zu Impfungen müssen in einfacher Sprache, außerdem in Eng-
1383 lisch, Türkisch, Russisch und Arabisch durch Flugblätter und Plakate veröffent-
1384 licht werden. Piktogramme unterstützen die Verständlichkeit. Es muss sicherge-
1385 stellt sein, dass ein positives Ergebnis eines Antigen-Schnelltests umgehend
1386 dem Gesundheitsamt als Verdachtsfall gemeldet und durch einen PCR-Test über-

1387 prüft wird. Die Versorgung mit FFP2-Masken kann durch Automaten verbessert
1388 werden.

1389 **Pandemie-Strategie Kultur:** Wir Freie Demokraten fordern unter Einbeziehung
1390 der betroffenen Akteure der Kulturszene eine Strategie für alle Kultureinrichtun-
1391 gen zu entwickeln, die Schritte, Voraussetzungen und Auflagen für die Öffnung
1392 und Offenhaltung des Kulturbetriebs festlegt. Einzelfallprüfungen der Hygiene-
1393 konzepte und Sicherheitsmaßnahmen sind vorzunehmen, um individuelle Lösun-
1394 gen für alle Kultureinrichtungen zu ermöglichen. Kultureinrichtungen habe große
1395 Erfahrungen im Besuchermanagement. Für die Genehmigung und Untersagung
1396 von Kulturveranstaltungen soll ein verlässlicher und rechtssicherer Rahmen ge-
1397 schaffen werden, wie mit Hilfe von behördlich akzeptierten Infektionsschutzkon-
1398 zepten, beispielweise auch durch den Einsatz von Schnelltestungen, gesell-
1399 schaftliches Leben so gut es geht aufrechterhalten werden kann.

1400 **Keine Rückforderung vergebener Fördermittel und Zahlung von Ausfallho-**
1401 **noraren:** Wir Freie Demokraten wollen, dass Kommunen auf die Rückforderung
1402 vergebener Fördermittel bei laufenden Projekten verzichten. Eine Abrechnung
1403 bisher getätigter Ausgaben sollte auch bei einem Ausfall der Projekte ermöglicht
1404 werden. Freien Kräften, die bereits vor der Krise an öffentlichen Einrichtungen
1405 der Kommunen vertraglich gebunden waren, sollte das vereinbarte Honorar als
1406 Ausfallhonorar zumindest teilweise ausbezahlt werden. Vor allem größere Kultur-
1407 formate haben einen längerfristigen Planungshorizont. Damit einher geht für
1408 Kommunen und Kulturschaffende ein nicht unwesentlicher Vorbereitungsaufwand.
1409 Zur Abfederung der pandemiebedingten Mindereinnahmen sollten Kommunen
1410 bei Rückforderungen und Ausfallhonoraren Kulanz zeigen.

1411 **Umwidmung noch nicht vergebener Fördermittel in Härtefallfonds:** Wir Freie
1412 Demokraten setzen uns dafür ein, dass Fördermittel, die pandemiebedingt nicht
1413 vergeben werden konnten, in Härtefallfonds umgewidmet werden, um etwa tem-
1414 poräre Kultur-Stipendienprogramme anzuschieben. Im Rahmen von Projektförder-
1415 strukturen fließen in Zeiten der Pandemie weniger Kulturfördermittel aus beste-
1416 henden Programmen ab. Diese Mittel sind in Härtefallfonds umzuwidmen, die bei-
1417 spielsweise digitalen Kulturformaten oder Stipendienprogrammen zur Verfügung
1418 gestellt werden können.

1419 **Technikoffensive an unseren Schulen:** Wir Freien Demokraten fordern, dass
1420 jede Schule mit Glasfaseranschluss und einem leistungsstarken WLAN-Netz aus-
1421 gestattet wird. Um zu verhindern, dass Lehrkräfte zukünftig auch als Systemad-
1422 ministratoren fungieren müssen, soll den Schulen zudem ein professioneller
1423 IT-Support in Form eines digitalen Hausmeisters bzw. einer digitalen Hausmeister-
1424 rin zur Verfügung gestellt werden. Damit Schule und Lehre zukünftig auch digital
1425 stattfinden können, müssen zunächst einmal die notwendigen Voraussetzungen

1426 hierfür geschaffen werden. Die Lehrenden sollen sich aber auf ihre eigentliche
1427 Arbeit konzentrieren können, weshalb die Unterhaltung der digitalen Infrastruktur
1428 an unseren Schulen in geschulte Hände ausgelagert werden muss.

1429 **Moratorium für den Gewerbesteuerhebesatz:** Wir Freien Demokraten fordern
1430 die Gewerbesteuer bis mindestens 2026 nicht zu erhöhen. Gleichzeitig sprechen
1431 wir uns grundsätzlich für die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes aus, solan-
1432 ge die daraus entstehenden Gewinneinbußen für die Kommune durch die An-
1433 werbung neuer Unternehmen kompensiert werden können. Die örtlichen mittel-
1434 ständischen Unternehmen und insbesondere der Einzelhandel sind die großen
1435 Leittragenden der Pandemien. Um unseren Unternehmen das Comeback aus der
1436 Krise zu ermöglichen, ist Planbarkeit ein wichtiger Faktor. Wir wollen mit dem
1437 Moratorium sicherstellen, dass unsere Unternehmen nicht noch zusätzlich belas-
1438 tet werden und in die Zukunft planen können.

1439

Begründung:

erfolgt mündlich